

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 181.

Dienstag, den 5. August 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Versumpft die Sozialdemokratie?

In den letzten Wochen ist hier oder dort der Ansicht Ausdruck gegeben worden, die Partei sei bisher nur in die Breite gegangen, aber eine gleichzeitige gründliche Vertiefung der Massen in den grundsätzlichen Anschauungen der Partei sei nicht erfolgt; ein wachsendes Ruhebedürfnis mache sich in der Partei bemerkbar, wie daran zu erkennen sei, daß die Protestbewegung gegen die Heeresvorlagen nicht höhere Wogen geschlagen hat; die Partei befinde sich im Zustande zunehmender Versumpfung und Verbürgerlichung. Genosse Karl Rauckly weist in der „Neuen Zeit“ darauf hin, daß wir diese Klagen schon seit 40 Jahren hören und dabei rüftig voranmarschieren. Aber er hält es trotzdem für angebracht, auf die erhobenen Bedenken und Beschwerden einzugehen und er weist ihre Haltlosigkeit nach. Wir zitieren nachstehend den darauf bezüglichen Teil seines Artikels:

Kein Zweifel, es ist im Parteileben augenblicklich ein gewisser Stillstand zu verzeichnen, der an manchen Orten sogar zu einem Rückgang der Abonnentenzahlen der Parteipresse und der Mitgliederzahlen der Parteioorganisationen geführt hat. Das ist sicher nicht erfreulich, aber noch lange keine bedenkliche Erscheinung.

Für einen Proletarier bedeutet es ein gewaltiges Opfer an Zeit und Geld, wenn er Mitglied einer Parteioorganisation ist. Diese Opfer entspringen reinem Idealismus, sie werden nicht wie bei den Gewerkschaften durch materielle Gegenleistungen aufgewogen. Wir dürfen daher nie erwarten, daß unsere Parteimitgliedschaften jemals die Stärke der Gewerkschaften erlangen. Noch auch, daß sie ihre Mitglieder ebenso festhalten wie diese. Bei dem Aufgeben der Parteimitgliedschaft droht einem kein materieller Verlust, ja nicht einmal ein ideeller ist unvermeidlich, denn man kann an den Zielen unserer Bewegung dasselbe Interesse nehmen, ob man in der Organisation steht oder nicht. Eine Verteuerung der Lebenshaltung, ein Sinken der Löhne, Wachsen der Arbeitslosigkeit wird daher in den Mitgliederzahlen der Parteioorganisationen weit stärkere Fluktuationen hervorrufen und weit eher eine Verminderung dieser Zahlen herbeiführen, als es bei den Gewerkschaften der Fall ist.

In eine Periode dieser Art sind wir aber jetzt eingetreten. Die Teuerung dauert unvermindert an, und schon zeigen sich Anzeichen eines Konjunkturrückganges. Noch ist es nicht entschieden, ob er bald vorüber geht oder länger andauert. Jedenfalls nimmt er bisher an Schärfe immer zu. In solchen Zeiten heißt es für den Proletarier mehr als je an allen Ecken und Enden sparen, und nur der stärkste Idealismus noch vermag ihn zu veranlassen, seine Mitgliedschafts- und Abonnementsbeiträge zu bezahlen, wenn es am Nötigsten fehlt. Wenn dieser starke Idealismus mangelt, der fällt ab, und daneben wächst noch in jenen Zeiten die Zahl jener, die bei allem hingebenden Idealismus nicht mehr imstande sind, ihre Parteipflichten zu erfüllen. Das bedeutet keineswegs ein Sinken der Werbekraft unserer Ideen, sondern nur ein Sinken der Lebenshaltung der Bevölkerung in Krisenzeiten. Die daraus erwachsende Erbitterung kann im Gegenteil die Werbekraft unserer Ideen gewaltig verstärken, was bei der ersten günstigeren Gestaltung der Verhältnisse ein um so rascheres Wachstum der Mitglieder- und Abonnentenzahlen hervorrufen muß.

Aber ist nicht auch die Erbitterung der Massen, ihr revolutionärer Elan im Abflauen begriffen?

Man kann nicht in ununterbrochener Erregung begriffen sein. Wenigstens bei einem gesunden Organismus kommt das nicht vor. Nun sagt man freilich, die Massen hätten in der Gegenwart besonderen Grund, erregt zu sein und revolutionären Elan zu entwickeln, und wenn sie es nicht täten, sei nur die Partei daran schuld.

Ist dem so, dann trifft aber die Schuld nicht bloß die deutsche Sozialdemokratie allein. Sie soll die Aufgabe gehabt haben, Massenaktionen gegen die Kriegsgesfahr zu veranlassen. Aber wo blieben die Massenaktionen gegen die Kriegsgesfahr in Frankreich, in Italien, in Oesterreich, in Rußland? Freilich wird behauptet, den Wehrvorlagen gegenüber habe das französische Proletariat sich weit energischer zur Wehr gesetzt als das deutsche. Aber wie kann man die augenblickliche Situation in Deutschland mit der in Frankreich vergleichen! Was heute in Deutschland gefordert wird, die Ausdehnung der allgemeinen Wehrpflicht auf alle wehrhaften Männer, ist in Frankreich längst bis auf den letzten Mann durchgeführt, ohne daß sich dort die geringste Bewegung im Proletariat dagegen kundgab. Soll aber etwa die Besteuerung der Besitzenden die Massen zu ähnlichen Protesten erregen?

Was in Frankreich eine lebhaftere Bewegung hervorrief, war nicht die ausgedehnte Anwendung der allgemeinen Wehrpflicht, sondern die Ausdehnung der Dienstpflicht des einzelnen von zwei auf drei Jahre, von der schon die jetzt Dienenden betroffen werden. Das ist eine ganz andere Sache, und die mußte den energischsten Widerstand hervorrufen. Die verderbliche Seite der deutschen Wehrvorlage liegt vor allem in ihren Rückwirkungen auf die auswärtige Politik, in der Verschärfung des Gegensatzes zwischen Deutschland und Frankreich, sowie in der ökonomischen Schädigung, die aus der Lahmlegung so vieler Tausende von Arbeitskräften hervorgeht. Diese verderblichen Seiten liegen nicht für jedermann ohne weiteres klar zutage. Den Massen, die nicht unsere Presse lesen, nicht unsere Versammlungen besuchen, kommen sie nicht zum Bewußtsein. Aber auch für die Mehrheit unserer Leser und Versammlungsbesucher sind jene Schäden zunächst nicht direkt empfindbar, sondern nur durch Nachdenken erkannte. Erst die Reichstagsverhandlungen konnten allmählich den Massen die Augen darüber öffnen. Ganz anders die Ausdehnung der Dienstzeit von zwei Jahren auf drei. Das spürt jeder Betroffene sofort in eindringlichster Weise am eigenen Leibe, und mit ihm seine Familie und seine Freunde. Eine solche Last, urplötzlich den Proletariern auf die Schultern gewälzt, muß ihre wildeste Empörung wachrufen. Wenn heute in Deutschland die Regierung verfügte, daß alle Soldaten, die jetzt im zweiten Jahre dienen, statt im Herbst entlassen zu werden, noch ein drittes Jahr in der Kaserne sich schurigeln lassen sollten, würde auch in Deutschland eine sehr energische Protestaktion die Folge sein, wohl weniger als in Frankreich in den Kasernen selbst, dagegen mehr außerhalb der Kasernen in der Zivilbevölkerung. Und diese letztere Bewegung wäre vielleicht noch energischer als die jetzige in Frankreich. Denn was dort in die Augen fiel und was an deutschen Verhältnissen gemessen einen revolutionären Anstich hatte, das waren die Auflehnungen einiger Hunderte heißblütiger junger Männer in Uniform. Eine Massenbewegung der Zivilbevölkerung, von einer Wucht, die allein bewirken konnte, daß jene Auflehnungen bessere Resultate erzielten als die Verurteilungen der „Rädelsführer“ und die Opferung einer Reihe von Existenzen; daß sie eine politische Wirkung hervorbrachten — eine solche Massenbewegung blieb völlig aus.

Daraus ist den französischen Genossen natürlich kein Vorwurf zu machen. Auch sie können nicht Massenaktionen nach Bedarf veranlassen. Die Massen sind nicht willenslose Marionetten, die von einigen Drahtziehern nach Belieben gelenkt werden können. Aber angesichts des Geredes von den glänzenden Massenaktionen der Franzosen und von der Stumpfheit der Deutschen gegenüber den neuesten Wehrvorlagen muß doch konstatiert werden, daß die französische Wehrvorlage ebenso wenig wie die deutsche eine stürmische Massenbewegung in der Zivilbevölkerung hervorgerufen hat, obwohl sie die Dienstpflichtigen weit härter trifft, die Volksmasse weit mehr aufstacheln muß als die deutsche, und obwohl Frankreich das Land der direkten Aktion ist. Daß diese gerade jetzt verjagt, wo man annehmen sollte, sie sei nötiger als je, daß die Führer der Confédération du Travail, die sonst stets bei der geringsten Gelegenheit mit dem Generalstreik bei der Hand waren, gerade jetzt nicht die mindeste Miene machen, einen Massenstreik zu entfesseln, spricht deutlich genug. Sie, die mehr Erfahrung in der direkten Aktion haben als sonst jemand, müssen ein Haar darin gefunden haben.

Es ist also nicht richtig, daß die deutsche Sozialdemokratie augenblicklich viel weniger Kampfeslust und Elan entwickelt als ihre Bruderparteien.

Richtig ist, daß die Haltung der Massen in Deutschland wie anderswo unsere „Massenaktionäre“ zurzeit enttäuscht. Aber das ist ihnen schon einigemal passiert und wird ihnen noch öfters passieren.

Natürlich suchen sie die Schuld nicht bei sich selbst, bei ihrer mangelhaften Vertrautheit mit dem Fühlen und den Lebensbedingungen des Proletariats. Anstatt als gute Marxisten zuerst die heutige ökonomische Situation zu untersuchen, erklären sie fröhlich, wie immer die ökonomischen und politischen Bedingungen sein mögen, die Massen seien stets bereit, auf die Straße zu gehen, stets bereit zu streiken, und wo das ausnahmsweise nicht der Fall, sei die Schuld bei den einzelnen Personen oder gar bei einzelnen Worten zu suchen, so zum Beispiel in der Tatsache, daß ich mir herausnahm, die Taktik, die unsere Partei schon ein halbes Jahrhundert lang verfolgt, „Ermattungsstrategie“ zu nennen. Daraus konnte offenbar nichts anderes folgen als Ermattung in den eigenen Reihen.

Die Massenaktionäre drehen sich da in einem sonderbaren Kreise. Auf der einen Seite sagen sie, die Massen seien unfehlbar, sie verjagten nie und drängen stets die

unwilligen Führer vorwärts — und wenn dann die Massen doch verjagen, dann sind plötzlich die Führer daran schuld, die die Massen nicht gehörig begeistern.

Politische Rundschau

Deutschland.

Das Pressebureau im Kriegsministerium.

Zu der bereits gemeldeten Errichtung eines Pressebureaus im Kriegsministerium erfährt man jetzt, daß es sich eigentlich um die Erweiterung einer bereits bestehenden Einrichtung handelt. Schon jetzt habe eine Ministerial-Abteilung des Kriegsministeriums den ganzen Verkehr mit der Presse in Händen gehabt und auch immer bereitwilligst Auskunft erteilt, soweit dies zulässig war. Bei den immer häufiger werdenden Erfragungen aber, die zum großen Teil erst durch Rückfrage bei den verschiedenen Departements erledigt werden können, werde aber naturgemäß die Belastung der Abteilung mit ihrer jetzigen Zusammensetzung eine zu große und damit eine Verstärkung des Personals zur unbedingten Notwendigkeit. Ob das Kriegsministerium vom Reichstag einen oder zwei weitere Referenten mit dem nötigen Dienstpersonal verlangen wird, darüber ist noch keine definitive Entscheidung getroffen. Daß aber nur Offiziere in Frage kommen können, sei selbstverständlich.

Für die unabhängige Presse hat dieses Pressebureau des Kriegsministeriums eigentlich wenig Bedeutung, denn es werden ganz natürlich nur solche Nachrichten hinausgehen, an deren Verbreitung das Kriegsministerium ein Interesse hat. Die Herren von der Heeresverwaltung haben erkannt, wie meisterhaft es das Reichsmarineamt verstanden hat, die Presse zu beeinflussen und dieses Beispiel soll nun jedenfalls Nachahmung finden.

Katholisch-sozialer Kursus.

Die „Kölnener Korrespondenz“ teilt mit, daß jene Kreise, die hinter der Koblenzer Stände-Ordnung — der dritten Richtung im Zentrum — stehen, vom 14. bis 17. August 1913 in Mayen (Rhd.) einen katholisch-sozialen Kursus abhalten werden, in welchem eine Anzahl ökonomische Vorträge zur eingehenden Diskussion gestellt werden sollen. Diese Vorträge beziehen sich auf Wandlungen im Erwerbsleben und die Ursachen unserer heutigen sozialen Mißstände, auf den kulturellen Wert der Kleinbetriebe und der Kleinstädte und ihre Wirkung auf das Christentum, auf die Erhaltung des Mittelstandes usw. Die „Kölnener Korrespondenz“ bemerkt dazu: „Wir empfehlen den „Kölnener und M.-Glabbacher“ Herren dringend, sich an diesem Kursus zu beteiligen. Aber auch wenn sie nicht erscheinen, wird man an ihnen eine gründliche Gewissensforschung vornehmen.“

Die Provinz-Getreuen an die Adresse der „Germania“.

Die Zentrumsorgane in Berlin und in der Provinz sind krampfhaft bemüht, aus den Massenstreik- und Deckungsdebatten in der sozialdemokratischen Partei ein Quäntchen Honig zu saugen und tiefsinnige Betrachtungen über die Zerrüttung und Spaltung der „sozialdemokratischen Geister“ anzustellen. Im selben Augenblick benutzen aber die Provinzblätter des Zentrums die Wochen vor dem Katholikentage, um sich mit erneuter Kraft auf die „standhaften, charakterfesten Männer“ in der „Germania“ und die Oppersdorffer im allgemeinen zu stützen. Die Verfehlung der letzteren ist ja hinlänglich bekannt und dieser Streit bringt nichts Neues, die „Germania“ aber hat aufs neue den Verdacht auf sich geladen, daß sie insgeheim die Berliner „Querstreiber“ begünstigt. Nachdem ihr dafür schon das Hildesheimer Zentrumsblatt deutlich gesagt hat, daß sie Verteidigungen der gesamten Zentrumspresse verübt und etwas eigene Gewissensforschung nötig hätte, giftet die „Meißner Zeitung“ ihr eigenes Zentrumsorgan wie folgt an:

„Gewissensforschung? Hat sie gar nicht nötig. Sie (die „Germania“) kann unmöglich vergessen haben, wie schön sie es gemacht hat zu jedem Angriff des Blattes, dessen Sigredakteur der Schneidbergelle ist, den sich der Herr Pfarrer von Reichthal hält, für den Fall, daß etwas Unangenehmes passiert, gegen den Vizepräsidenten des preußischen Abgeordnetenhauses, Konsistorialrat, Geheimen Justizrat, Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des preußischen Abgeordnetenhauses Dr. Bösch, gegen den bayerischen Ministerpräsidenten Herrn v. Hertling, ehemaligen Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Reichstages, gegen den Dr. Spahn, einen doch nicht ganz unbekanntem Herrn (!) der Zentrumsfraktion des Reichstages und des Landtages!!! Geschwiegen wie ein Grab! Geschwiegen, weil oder trotz dem Pfarrer von Reichthal, gedeckt durch

feinen Schneidergesellen, die Herren angriff! Und jetzt, wo dem Herrn Dr. Nieborowski, dem Erfinder der „Hertlinglader“ und der unerhörten Angriffe gegen die übrigen Herren, die Maske gelüftet wird, rücken die edlen Ritter von der Spandauer Straße in Berlin zu Hausen gegen die Bese, welche den Mann mit seinem Schneidergesellen stellen, an!

Und jetzt sucht dasselbe Blatt, welches den Bischof von Fulda, Dr. Georg Kopp, als „Zentralorgan der Katholiken Deutschlands“ bereinigt vor sein Forum gezogen und mißhandelt hat, die Zentrumsorgane ohne Unterschied der Unererblichkeit gegen den Episkopat zu ziehen? Und das sind zum Teil dieselben Leute, die heute noch der „Germania“ Ziel und Richtung geben! Wirklich, charakteristisch, standhafte Männer! Keine Frage! Man kann sich auf die Herrschaften verlassen!!!

Wir sind herrlich weit gekommen! Und die Leute nennen sich „Zentralorgan der Katholiken Deutschlands“!

Das sind so einige Komplimente der schlesischen Zentrumsorgane für ihr Berliner Hauptorgan. Täte die „Germania“ nicht besser, statt mit Massenstreik und Sozialdemokratie sich einmal mit der Hochachtung und Wertschätzung zu beschäftigen, die sie im eigenen Lager genießt?

Neue Rüstungen zu Wasser.

Die „Tägliche Rundschau“ erfährt, daß die Bildung eines „fliegenden Geschwaders“, das „jederzeit zur Verfügung steht, um gefährdete deutsche Interessen im Auslande zu schützen“, jetzt endlich in Aussicht genommen worden ist. Zunächst soll das fliegende Geschwader nur aus dem umgebauten Kreuzer „York“ und einigen kleinen Kreuzern bestehen; später soll ihm aber noch ein großer Kreuzer zugesetzt werden, bis dann im Jahre 1917 die acht großen Kreuzer der Hochseeflotte vollzählig sind.

Mit dem fliegenden Geschwader wird man dann überall, wo etwas los ist, mit der gepanzerten Faust dazwischen fahren. Wenn übrigens die im Bau befindlichen Kreuzer zu dem fliegenden Geschwader geschlagen werden sollen, so werden Neuforderungen für die Marine die Folge sein.

Auf dem Wege der Verstaatlichung der Gruben

scheint es demnächst ein Stück vorwärts gehen zu sollen. Wie der Oberbürgermeister von Herne den Stadtverordneten vor kurzem erklären konnte, dürfte es nur noch wenige Jahre dauern, daß die „Hibernia, Aktien-Gesellschaft“ verstaatlicht werde. Oberbürgermeister Dr. Buren, der übrigens in wenigen Wochen seinen mit 15 000 Mark dotierten Posten als Oberbürgermeister aufgibt und einen solchen mit 45 000 Mk. einbringenden als Generaldirektor bei einer Industrie-Gesellschaft übernimmt, kann bei seinen guten Beziehungen zur Großindustrie als wohl informiert gelten. Bekanntlich hat der preussische Fiskus lange Jahre mit der „Hibernia“ um die Verstaatlichung prozessiert und den kostspieligen Prozeß verloren, so daß die jetzige Verstaatlichungsmöglichkeit des Kiesenunternehmens sehr bemerkenswert erscheint. Von der Größe dieser Gesellschaft wird man einen Begriff haben, wenn man bedenkt, daß sie, 1873 in Herne gegründet, nach ständigem Aufkauf benachbarter Zechen jetzt eine Gesamtgerechtsame von 101 931 680 qm besitzt, die durch 11 Betriebsanlagen mit 23 Fördermaschinen und etwa 700 Koksöfen ausgebeutet werden. Der Überschuß dürfte in diesem Jahre 17 Millionen Mark betragen.

Religion und Geschäft.

Als in der Nachwahl im elsässischen Wahlkreis Schleiffstadt ein Rundschreiben des Zentrumsvorsitzenden an die Geistlichen bekannt wurde, wonach die Pfarrer sehr warm für den klerikalen Kandidaten Pfarrer Haegy eintreten sollen, leugneten sämtliche Klerikalen diesen Zusammenhang von Religion und Politik. Jetzt kommt ein Brief an die Öffentlichkeit, den ein katholischer Geistlicher einer liberalen Zeitung in Straßburg zur Verfügung stellte, der von dem Wahlmacher der Herren Wetterle und Konforten stammt. Der Brief lautet:

Zu den großen Kellereien
von Rappoltsweyer Rappoltsweyer, 1. Mai 1913.
Constant Tempé.

Sehr geehrter Herr Pfarrer!
Es hält von Tag zu Tag schwerer, sich Weiswein zu verschaffen, welcher durch seine Naturreinheit den liturgischen Anforderungen entspricht.

Viele Geistliche haben deshalb, zum Schaden der einheimischen Produktion, ihre Zuflucht zu fremden Geschäften genommen, hauptsächlich zu einem solchen in Algerien genommen.

Ich glaube Ihnen aber velle und weitgehendste Garantien leisten zu können für die Lieferung eines Weines, der ohne jeden verächtlichen Zusatz, ohne jede denaturierende Behandlung aus reinem Traubensaft gewonnen ist.

Ich habe beim Bistum den Eid abgelegt, den bei mir bestehenden Geistlichen nur Wein zu liefern, der aus meinen eigenen, jetzt ausgedehnten Weinbergen oder von Trauben gewonnen wird, die in meiner Gegenwart geerntet und gefestigt werden.

Meine Meinungen als Präsident des Rappoltsweyer Kreisvereins des elsässisch-lothringischen Zentrums (1) sind Ihnen bekannt. Ich habe für die Sache so bedeutende Opfer (2) gebracht, daß die Aufrichtigkeit meiner Meinungen wohl als erwiesen (3) betrachtet werden kann. Sie können deshalb beruhigt sein, daß meine Weisweine absolut naturrein sind, und daß Sie dieselben mit gutem Gewissen verwenden können.

Auf Entschuldig bin ich gerne bereit, Ihnen mein Preisverzeichnis sowie Muster zu schicken.

Mit dem Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung
Constant Tempé.

Es wird den Zentrallern diesmal schwer fallen, die Betätigung von Religion und Geschäft, die der bischöflich vereidigte Weinhändler und Präsident des Zentrums-Kreisvereins betreibt, aus der Welt zu legen. Für sein offenes Bekenntnis, daß er für seine so bedeutenden Opfer für die Zentrumsache durch recht fleißigen Absatz von liturgischen Weinen entschädigt werden will, für dieses Bekenntnis kann man dem geschäftstüchtigen Zentrumspräsidenten nur dankbar sein. Das übrigens das Bistum damit verquittet wird, ist an

sich nichts Auffallendes. Als in Lothringen seinerzeit die „Lothringische Volkstimme“ gegründet wurde, da war es der vom Kaiser protegierte Bischof Bengler, der das Blatt weichte. Daß diese Weichung dem Blatte geschadet hätte, kann man auch in Lothringen behaupten.

Neue Steuerkämpfe in Sachsen.

Gegen die zur Deckung der jüngsten Heeresvermehrung beschlossenen Steuern sträubte sich am meisten die sächsische Regierung, weil durch die neuen Steuern ihr Steuersystem ganz erheblich geändert werden muß. Scheinbar liegt diese Änderung auch nicht im Interesse der Konservativen; denn das konservative Dresdener „Vaterland“ schreibt:

„1. Sachsen ist, da es eine allgemeine, das ganze Vermögen umfassende Vermögenssteuer nicht kennt, genötigt, Änderungen in seinem Steuersystem vorzunehmen, schon um nicht doppelte Veranlagungskosten aufwenden und die Steuerzahler mit doppelten Veranlagungen nach verschiedenen Grundsätzen belasten zu müssen. 2. Es ist damit zu rechnen, daß Sachsen sein Etats und Steuerjahr, das jetzt mit dem Kalenderjahr zusammenfällt, dem Reichsetatsjahr (1. April bis 31. März) anpassen muß. 3. Diese Änderungen werden eine Veranlagung des Grund und Boden bestehenden Vermögens zur Folge haben. Ohne empfindliche Lastenverschiebungen und ohne schwere Interessengegenstände wird es dabei nicht gehen. 4. Es ist durchaus möglich, daß die sächsische Regierung die Einführung neuer oder die Erhöhung schon bestehender Steuern vorschlagen muß. 5. Wahrscheinlich wird der Grund und Boden mit zur Ergänzungssteuer herangezogen werden müssen; dies würde die Aufhebung der staatlichen Grundsteuern zur Folge haben müssen. Diese Änderungen werden sich natürlich nicht sofort nötig machen, da die Vermögenszuwachssteuer ja erst von 1917 ab erhoben wird; der nächste Landtag wird sich deshalb auch wahrscheinlich noch nicht damit zu beschäftigen haben.“

Frankreich.

Die Generalratswahlen. In Frankreich haben Sonntag die Ergänzungswahlen zu einer Anzahl von Generalräten stattgefunden. Von den Wahlen lagen nach einem Telegramm aus Paris bis 10 Uhr vormittags 1374 Ergebnisse vor. Es sind gewählt: 180 Konservative, 128 Progressisten, 913 Mitglieder der Linken, 41 vereinigte Sozialisten. 112 Stichwahlen sind erforderlich. Die Konservativen verlieren 37, die Progressisten 17 Mandate, die Linke gewinnt 50, die vereinigten Sozialisten gewinnen 4 Sitze. Eine spätere Meldung besagt: Von den Generalratswahlen fehlten abends um 6 Uhr noch acht Ergebnisse. Bis dahin waren gewählt: 189 Konservative und Liberale, 136 Progressisten, 960 Mitglieder der republikanischen Linken, Radikalen und Sozialistisch-Radikalen und 43 vereinigte Sozialisten. (Danach hätten unsere Genossen 6 Sitze neu erobert.) 44 Stichwahlen sind erforderlich. Die Linke gewinnt etwa fünfzig Sitze.

Großbritannien.

Die Errichtung einer großen Flottenbasis auf den Bermudainseln, die vor Amerika gelagert sind, wird von Großbritannien geplant. Die Meldung darüber hat in offiziellen Kreisen Washingtons großes Interesse hervorgerufen. Es ist von zuverlässiger Seite festgestellt worden, daß Großbritannien über die amerikanischen Pläne zum Schutze der Linien durch den Panamakanal Erhebungen angestellt hat. Es ist anzunehmen, daß dies auf eine Absicht Großbritanniens hindeutet, die englische Schifffahrt durch den Kanal ebenso sicher zu stellen wie im Mittelmeer. Die offiziellen Kreise sind der Ansicht, daß das neue Problem ein gewaltiges ist, das der Monroe-Doktrin neues Leben zuführt und vielleicht eine vollständige Umwälzung in der auswärtigen und der Flottenpolitik der westlichen Halbkugel bedeuten wird, zumal man der Ansicht ist, daß die übrigen europäischen Nationen wahrscheinlich dem Beispiel Englands folgen werden.

Balkan.

Die Beratungen der Friedenskonferenz sind bis jetzt noch ohne positives Ergebnis geblieben. Am Sonntag versuchten die Delegierten der Verbündeten mit denen der Bulgaren zu einer Einigung über die beiderseitigen Vorschläge zu gelangen; die Beratung endete indessen ohne endgültiges Ergebnis. Die Griechen bestehen weiterhin auf Kowala, ebenso die Bulgaren. Die Serben schlagen eine neue Westgrenze vor, ausgehend vom Punkte, wo die Wasserscheide der Bregalnika und der Struma die alte bulgarisch-türkische Grenze berührt, weiter die Wasserscheide entlang im Süden in das Tal der Strumika, dann westlich anschließend an die Grenze des ersten Vorschlages. Die Bulgaren lehnten dies ab. Die von den bulgarischen Delegierten unterbreiteten Gegenvorschläge betreffend die zukünftige Grenzlinie, haben in Belgrad einen ungünstigen Eindruck hervorgerufen, weil man in diesem Verhalten Bulgariens eine Mißachtung der militärischen Erfolge der Verbündeten sowie das Bestreben erblickt, die Friedensverhandlungen zu vereiteln. Man erwartet, daß die griechischen Delegierten die bulgarischen Vorschläge in gebührender Form abweisen werden.

Zwischen den Rumänen und Bulgaren ist es am Sonntag zu einer Einigung über die drei Punkte gekommen, die von Rumänien in der Note vom 21. Juli formuliert worden waren. Der Verlauf der neuen Grenzen wurde durch die militärischen Delegierten festgelegt. Sie beginnt 12 Kilometer unterhalb von Balkisch auf dem ersten Hügel, der auf der Karte mit der Höhenangabe 252 bezeichnet ist, läuft dann in einer Entfernung von 10 Kilometern südlich von Dobritsch vorüber und endigt neun Kilometer westlich von Turcutai bei dem Dorfe Tourksymil. An einigen Punkten weicht die neue Grenze gemäß der topographischen Eigenart um 15 bis 16 Kilometer von der geraden Linie nach Westen ab. Ferner verpflichtet sich Bulgarien, die Befestigungen von Kuschaj und Schumla zu schleifen und seine neuen Befestigungen in dem dazwischen liegenden Gebiet und in einem Umkreis von 20 Kilometern um Balkisch herum anzulegen. Die Frage der rumänischen Schulen und Kirchen in dem von Bulgarien eroberten Gebiet wurde entsprechend den auf der Petersburger Konferenz gemachten Vorschlägen geregelt.

Die Bukarester Friedenskonferenz verlängerte am Montag auf Vorschlag des Vorsitzenden, Ministerpräsidenten Majorescu, den Waffenstillstand um drei Tage. Die Konferenz hat sich darauf auf Dienstag nachmittag vertagt. Es erscheint aber sehr fraglich, ob die Delegierten der auf der Konferenz vertretenen Staaten in diesen drei Tagen zu einer Einigung kommen werden; die bisherigen Beratungen sprechen nicht gerade dafür.

Die Schaffung eines autonomen Mazedonien wünscht eine Deputation von Mazedoniern, die deswegen bei dem Präsidenten der Bukarester Friedenskonferenz vorstellig wurde. Sie richtete namens der Flüchtlinge ein langes Telegramm an den rumänischen Ministerpräsidenten Majorescu als den Präsidenten der Friedenskonferenz und an die fremden Gesandten in Bukarest, sowie an den englischen Minister des Äußeren Sir Edward Grey, in dem sie die langen Kämpfe und die Leiden der Bulgaren in Mazedonien für die Verteidigung der Nationalität und Gewinnung der politischen Freiheit schildert und erklärt, daß die Bulgaren unter der Fremdherrschaft sich nicht zu Serben und Griechen machen lassen. Im Interesse des Friedens am Balkan und namens der Gerechtigkeit bittet die Deputation die Mächte, den Mazedoniern die Vorbedingungen für die nationale und politische Entwicklung durch Schaffung eines autonomen Mazedoniens zu gewähren, wofür die mazedonischen Bulgaren zwanzig Jahre gekämpft hätten und noch immer kämpfen würden. — Ein solches autonomes Mazedonien würde die Zahl der Balkanstaaten nur unnötig vermehren und eine ständige Kriegsgefahr bilden.

Marokko.

Kämpfe der Spanier mit den Kabylen. Aus Larraich wird amtlich gemeldet: Die Spanier besetzten am Sonnabend eine Stellung bei Joco Guman ohne Schwertstreich. Später griffen die Kabylen die Abteilungen, die sich dort verschanzt hatte, an. Der Kampf dauerte die ganze Nacht. Die Kabylen wurden geschlagen. Auf Seiten der Spanier wurden 1 Leutnant und 4 Soldaten verwundet. Ferner wird aus Lujien telegraphisch gemeldet: Die Marokkaner haben auch hier die spanischen Stellungen angegriffen. Die Spanier hatten nur geringe Verluste. Es wurden 1 Offizier und 10 Mann verwundet.

China.

Der Bürgerkrieg. Die Aufständischen in der Provinz Kiangsi erhielten von Canton, Hunan und Anhui Verstärkungen. Die Zahl beträgt jetzt 25 000 Mann. Am Donnerstag und Freitag wurden sie in einer großen Schlacht zurückschlagen. Die Nordtruppen nahmen die wichtige Stellung hauptsächlich durch ihre überlegene Artillerie ein.

Indien.

Es gärt. Am Sonntag brachen in Khanpur größere Unruhen aus, weil die Regierung einen Teil der Matschlibajarmoschee niederreißen läßt, um eine Straßenverbreiterung vorzunehmen. Nach einer Massenversammlung der Mohammedaner marschierte eine Prozession mit schwarzer Flagge zur Moschee, wo die Demonstranten begannen, den niedergerissenen Teil der Moschee wieder aufzubauen. Die Polizei trat dagegen, wurde aber mit Steinen beworfen und bis zur Polizeistation verfolgt. Darauf erschien der Distriktpolizeichef Tyler mit bewaffneter Polizei und ging ganz allein auf die Demonstranten zu, in der Ansicht, sie gütlich zum Auseinandergehen zu überreden. Die einzige Wirkung seiner Rede war ein Steinhagel, auf den die Polizei mit einer Salve blinder Schüsse antwortete. Erst als auch jetzt die Menge sich nicht zerstreute, wurde scharf geschossen, mit der Wirkung, daß dreizehn Mohammedaner getötet und dreißig verwundet wurden. Auf der anderen Seite fiel ein Polizist und vierzig Polizisten wurden verwundet. Zahlreiche Mohammedaner wurden verhaftet. Ähnliche Versammlungen wie in Khanpur sind auch sonst in Indien und Birma von Mohammedanern abgehalten worden. Flammende Artikel erscheinen in der mohammedanischen Presse. In Kalkutta herrscht große Aufregung, und Gruppen von Mohammedanern paradierten mit Fahnen in den Straßen und verlangen Gerechtigkeit.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 5. August.

Wo ist der Ausgang?

h. Wenn unsere Gegner doch nicht gar so dumm wären! Da lesen sie flüchtig den jüngsten Dreiwertjahresbericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes, trafen rasch ein paar Zahlen zusammen und freuen sich wieder einmal, endlich den Ausgang der Arbeiterbewegung entdeckt zu haben. Das aller schlimmste, eben das dümmste dabei ist aber, daß die Leute sich Mühe geben, an ihren eigenen Unsin zu glauben.

Wie sieht es denn mit der Entwicklung der Arbeiterbewegung in Wirklichkeit aus?

Bei den Wahlen von 1871 entfielen auf die beiden sozialdemokratischen Parteien (Cassalleaner und Eisenacher) 101 927 Stimmen. Im Reichstag fanden sich auf Grund dieser Stimmengruppen zwei sozialdemokratische Vertreter ein. Bebel war in Glauchau-Meerane gewählt und Schrapf wurde von Zwickau-Crimmitschau gewählt.

Damals waren nicht ganz drei Prozent aller abgegebenen Stimmen sozialdemokratisch, 1912 wurden abgegeben sozialdemokratische Stimmen 4 238 000.

Gewählt wurden bis heute sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete 111.

In den Landtagen sitzen 228 Sozialdemokraten.

In den Gemeindeparlamenten sprechen mit 11 681 Sozialdemokraten.

Davon sitzen in 65 großen Städten 133 als Magisträte und Stadträte; in 129 Landgemeinden sitzen 187 Sozialdemokraten in den Gemeindevorständen!

Wie sieht es mit der Arbeiterpresse aus? Die Arbeiterpresse ließ sich 1871 an den Fingern beider Hände abzählen. Es waren an gewerkschaftlichen Organen der „Correspondent“, das Buchdruckerorgan, der „Botshafter“, das „Zigarettenarbeiterblatt“, der „Correspondent“, die Zeitung der Hutmacher, der „Genossenschaftler“, das Organ der Gold- und Silberarbeiter, und der „Sprechsaal“, die Zeitung der Porzellanarbeiter. Als politische oder Parteipresse der Arbeiter des Jahres 1871 standen zur Verfügung der „Volkstaat“ in Leip-

zig, die „Demokratische Zeitung“ in Berlin, der „Braunschweiger Volksfreund“, der Dresdener „Volksbote“, die Chemnitzer „Freie Presse“, die „Demokratischen Blätter“ in Königsberg, das „Fürtter demokratische Wochenblatt“ und der „Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund“. Zusammen hatten alle kaum 35 000 Abonnenten. Heute zählt unsere Parteipresse

1465212 Abonnenten.

Trotzdem müssen wir jeden fragen: Hast du immer mit zu deinem Teile dafür gesorgt, daß diese Vertreter des arbeitenden Volkes in die Parlamente gekommen sind, daß die sozialdemokratische Partei früher stärker geworden ist, und daß die Arbeiter immer mehr die für sie geschriebenen Zeitungen lesen?

Die freien Gewerkschaften sind im Jahre 1911 genau mit 159 763 Mitglieder gewachsen, sie zählen jetzt 255 978 1 Organisierte.

Die Zeitungen der freien Gewerkschaften werden jetzt in rund 2,7 Millionen Exemplaren gedruckt.

Gehörst du zu diesen gewerkschaftlich Organisierten, zu diesen Millionen, die wissen, wo sie hingehören, die alle Tage kämpfen für Lohn und Licht, für Zeit und Kultur?

Aber mit diesen Ziffern, die doch alles andere darstellen, nur keinen Rückgang der Arbeiterbewegung, sind unsere Beweismittel noch lange nicht erschöpft.

Im Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften waren 1912 vereinigt

1483 Personen.

Der Umsatz dieser Genossenschaftler stieg von 1911 zu 1912 um nahezu 100 Millionen Mark, er betrug 1912

603 Millionen Mark.

Für 104 Millionen Mark Eigenproduktion wurde geleistet.

Bist du bei jenen Millionen Familienvätern, die so für ihre Familie gesorgt haben?

Wir wissen, daß die Entwicklungslinie der Arbeiterbewegung nicht ein gerades Aufsteigen ist, sondern ein immer höheres Schwingen bei wechselnder Kraftentfaltung. Wir sind uns deswegen auch klar darüber, daß jetzt jeder Arbeiter und jede Arbeiterin, um die kurzfristige Dummheit unserer Gegner noch heller zu beleuchten, alles daran setzen werden, daß mit den allergrößten Kraftanstrengungen wir immer rascher unseren Zielen entgegen flürmen.

Für den Besuch der Leipziger internationalen Handwerksausstellung durch hiesige Handwerker und Handwerksgehilfen bewilligte der Bürgerausschuß vor einiger Zeit 2000 Mk. Der Senat war mit seinem diesbezüglichen Antrage einer Anregung des Genossen Hoff gefolgt, die dieser am 25. Juni im Bürgerausschuß gemacht hatte. Die Summe wurde der Gewerbekommission überwiesen. In früheren Jahren sind in ähnlicher Weise Beihilfen zum Besuch von größeren Ausstellungen aus Staatsmitteln bewilligt worden. Damals wurde dann öffentlich in den Zeitungen bekannt gemacht, daß Personen, die auf die Gewährung einer solchen Beihilfe Anspruch erheben, sich an den näher bezeichneten Stellen melden möchten. Später sollte dann die Auswahl der geeignetsten Bewerber erfolgen. Dieses Verfahren konnte man im allgemeinen wohl billigen, wenn auch mancher später den Kopf schüttelte, als er die Namen einiger Auserwählter erfuhr oder gar deren Vorträge hörte. Die Gewerbekommission scheint die Verteilung der 2000 Mk. nun nach anderen Grundsätzen vornehmen zu wollen. Uns wird mitgeteilt, daß sie sich an verschiedene Leute gewandt hat mit der Frage, ob sie bereit wären, die Kaufausstellung in Leipzig zu besuchen, wenn sie einen entsprechenden Staatszuschuß erhalten würden. Ein solches Verfahren ist denn doch mehr als eigenartig. Danach sucht die Gewerbekommission sich Personen aus, die ihr genehm sind und diesen gibt sie die Staatsgelder. Andere Handwerksmeister und Gehilfen, bei denen die Beihilfe für den Ausstellungsbesuch vielleicht weit besser angewandt ist, werden davon ausgeschlossen. Wenn nun noch eine öffentliche Aufforderung an geeignete Bewerber erfolgt, so ist das nichts weiter als eine Farce. Mit Recht herrscht über dieses Vorgehen der Gewerbekommission in den in Frage kommenden Kreisen starke Erbitterung. Der Wille des Bürgerausschusses und des Antrages der Bewilligung der Staatsbeihilfe ist es gewesen, tüchtigen Handwerksmeistern und Gehilfen, ohne Ansehen der Person, den Besuch der Ausstellung zu ermöglichen. Die Art und Weise, wie die Gewerbekommission den Beschluß ausführt, kann leicht zur Günstlingswirtschaft führen. Und davor sollte man sich doch sehr hüten!

Wie uns nachträglich noch bekannt wird, hat sich die Gewerbekommission auch an eine Gewerkschaft um Nominierung einer geeigneten Person gewandt, die für den Besuch der Ausstellung in Betracht komme. Das ändert aber im allgemeinen nichts an der vorstehenden von uns zum Ausdruck gebrachten Ansicht. Wir halten es für ganz selbstverständlich, daß organisierte Arbeiter — und solche gibt es doch fast nur in Lübeck — mit dem gleichen Maße gemessen werden wie andere.

Achtung, Maurer und Bauhilfsarbeiter! Die Unternehmer in Kellinghusen wollen den Lohn nicht zahlen, wie solcher durch die zentralen Verhandlungen und der Entscheidung der Unparteiischen festgelegt ist. Aus diesem Grunde sind die Arbeiten des Unternehmers Kröger, wohnhaft in Wrist, gesperrt. Der Unternehmer Kröger hat Arbeiten in Lockstedter Lager, in Hardebeck und Wrist. Alle diese Arbeitsstellen sind für organisierte Arbeiter gesperrt. Der Maurer Hans Karf aus Hamburg, ein von den Behörden gesuchtes Individuum, soll mit dem Unternehmer Kröger einen Akkordvertrag abgeschlossen haben, um die Arbeiten in Hardebeck mit einer Kolonne Hamburger Maurer fertigzustellen. Es ist dieses dieselbe Kolonne Maurer, welche auch in Hohenwestorf den organisierten Arbeitern in den Rücken gefallen ist. Hans Karf soll in Hamburg die Streikbrecher in Barnbeck, Wohltdorferstraße 33, in der Wirtschait von A. Fadlam immer anwerben. Wer mit Karf nach einen der genannten Orte in Arbeit tritt, wird Verräter an der Arbeiterschaft, der ist zum Streikbrecher herabgesunken. Der Zugang nach Kellinghusen und Umgegend, Lockstedter Lager, Hardebeck und Wrist ist unter allen Umständen fernzuhalten. Der Deutsche Bauarbeiterverband, Bezirk 13 Hamburg, die Bezirksleitung.

Platzbestellung im D-Zug. Ueber das Belegen von Plätzen in D-Zügen sind vielfach Klagen aus dem Publikum laut geworden. Die Eisenbahnverwaltung hat nun folgende für die Reisenden wichtige Bestimmungen getroffen: Kann bei Bestellung von Wagenabteilen die vorgeschriebene Anzahl Fahrkarten nicht vorgelegt werden, so darf nicht angenommen und ein Ausweis darüber dem Besteller nicht erteilt werden. Um Familien mit mehreren kleinen Kindern, die zur Bestellung eines ganzen Abteils nicht genügend Fahrkarten vorweisen können, das Zusammenreisen in einem Abteil zu ermöglichen, sind solche Anträge besonders zu vermerken und bei der Ueberweisung der Plätze zu berücksichtigen. Mit „Bestellt“ dürfen nicht vorchriftsmäßig ausgenutzte Abteile nicht bezeichnet werden. Soweit es der Verkehr auf den Zugangsstationen nach Unterbringung aller für den Zug dort vorhandenen Reisenden zu-

läßt, können zur Unterbringung solcher Familien auch etwaige bei den Unterwegsstationen eingehende Anträge berücksichtigt werden. Die Wagen bzw. Abteile sind dann bis zu der betreffenden Station verschlossen zu halten, wenn der Verkehr auf den Stationen nicht schon ihre Befreiung erfordert. Reisende dürfen aus diesem Anlaß auf den Vorstationen nicht zurückgelassen werden. Das Zugpersonal ist in solchen Fällen entsprechend zu unterweisen und hat für die Unterbringung dieser Familien in erster Linie zu sorgen. Besonders wird darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Vorausbestellung von Plätzen in D-Zügen, die im voraus bestellten Plätze auf der Abgangsstation des D-Zuges eingenommen werden müssen. Andernfalls erlischt der Anspruch auf den bestimmten Platz. Bezüglich des Belegens der Plätze in den D-Zügen, bei denen häufig Unregelmäßigkeiten vorkommen, wird darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn Reisende ohne Platzkarten vorbestellte Plätze einnehmen, sie auf Verlangen der Inhaber der Platzkarten in höflicher aber bestimmter Weise zum Verlassen der Plätze aufzufordern und nötigenfalls hierzu zu zwingen sind. Zeigen mehrere Reisende Platzkarten für die gleichen Plätze, vor, so hat das Zug- und Bahnhofspersonal für bestmögliche Unterbringung der Reisenden zu sorgen. Bei solchen Unregelmäßigkeiten haben sich die Beamten aller überflüssiger Bemerkungen über die Schuldfrage zu enthalten und lediglich dahin zu streben, den in Verlegenheit gezeichneten Reisenden nach Kräften beihilflich zu sein. Zur Verfolgung der Unregelmäßigkeiten sind nach Möglichkeit in solchen Fällen alle in Betracht kommenden Platzkarten einzuziehen und dem Ausgangsbahnhof des Zuges vorgelegten Verkehrsamt auf dem Dienstweg vorzulegen.

Saatenstand im Lübeckischen Staate Anfang des Monats August 1913. Nach den Meldungen der ehrenamtlichen Berichterstatter der 16 Saatenstandsbezirke hat das Statistische Amt für Anfang August folgende Saatenstandsnoten berechnet: (Nr. 2 bedeutet gut, Nr. 3 mittel, Nr. 4 gering) für Winter-Weizen 2,2 (Anfang Juli 1913: Nr. 2,2), Winter-Roggen Nr. 2,5 (2,5), Sommer-Gerste Nr. 2,7 (3,0), Hafer Nr. 2,5 (2,5), Kartoffeln Nr. 2,1 (2,4), Rlee Nr. 2,6 (2,7), Bewässerungswiesen Nr. 2,3 (2,3), andere Wiesen 2,4 (2,7). Durch die im Monat Juli eingetretenen ergiebigen Niederschläge hat sich das Getreide gut erholt und der Stand der Kleefelder und der Wiesen gebessert. Der Roggen ist größtenteils gemäht und zum Teil bereits eingefahren. Stellenweise ist mit der Weizenernte begonnen. Die von denselben Berichterstattern ausgeführte Vorausschätzung der Ernteerträge ergab auf 1 Hektar bestellter Fläche für Winter-Weizen 2433 (1912 bei der endgültigen Ermittlung 2267), Sommer-Weizen 1970 (2348), Winter-Roggen 1957 (1943), Sommer-Gerste 2114 (2193), für Hafer 2137 (1932) Kilogramm.

Lübecker Sommertheater. Man schreibt uns: Mittwoch und Donnerstag finden Sudermannabend statt, die gewiß wieder das größte Interesse erwecken werden, da die Besetzung eine sehr gute, sowohl in „Heimat“ wie in „Glück im Winkel“ ist. Darin spielt Herr Hoff eine seiner besten Rollen, den Draufgänger Köditz, und Elise Stroh-Andron die Elisabeth. — Freitag wird der Operettenhagler „Jimzauer“ wiederholt, der mit „Puppen“ zusammen jetzt das Tagesgespräch bildet. Für Sonnabend bringt die Direktion wieder eine Überraschung und zwar das mit dem Bauernfeldpreis ausgezeichnete Viktor Leonische Volksstück „Gebildete Menschen“, welches überall glänzende Erfolge erzielt hat. Sonntag ist zum vierten Male „Puppen“.

Sonderzug nach Hamburg. Am Sonntag, dem 10. d. M., 9.20 vorm., wird ein Sonderzug von Lübeck nach Hamburg Hbf. (Ankunft 10.30) befördert, zu dem Rückfahrkarten zu dem ermäßigten Preise von 3 Mk. für die dritte Klasse ausgeben werden. Rückfahrt am Lösungstage mit allen Personen- und Sitzgügen. Benutzung der D-Züge auch gegen Zuschlag nicht gestattet.

pb. Fahrrad Diebstähle. Am 4. ds. Mts. ist vor der Tür eines am Ringenberg belegenen Hauses, gegen 10½ Uhr vormittags, ein Fahrrad, Marke „Hermosa“, mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, nach oben gebogener Lenkstange mit hellen Griffen, schwarzen Schühblechen, Freilauf, Rücktrittsbremse und der vom Polizeiamt gelieferter Erkennungsnummer 1847 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Der Rahmen ist mit der Aufschrift: „Schulz, Lübeck“ versehen. — Am 4. ds. Mts. nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr ist vom Flur des Hauses Königstraße 46a ein Fahrrad, Marke „Trave“, mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, nach oben gebogener Lenkstange, Freilauf, Rücktrittsbremse und der vom Polizeiamt gelieferter Erkennungsnummer 13385 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. Entwendeter Schmuck. In der Zeit vom 5. Juni bis zum 26. Juli d. Js. sind aus einem Hause in Krummsee eine längliche, an beiden Enden spitze, goldene Brosche sowie ein goldenes Armband abhandengekommen. Beide Schmuckstücke tragen einen Saphir in der Mitte und zu beiden Seiten desselben einen Brillanten. An dem Armband fehlt ein Brillant.

h. Kensefeld. Ein streikender Bauernvogt. Der vor 3 Monaten zum Bauernvogt gewählte Landwirt H. Evers-Kensefeld hatte an den Gemeinderat den Antrag gestellt, ihm für die Ausfüllung der Renten-Quittungen 150 Mk zu bewilligen. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt und so weigerte sich der Vorgenannte, die Quittungen der am 1. d. M. fälligen Renten zu unterschreiben. Nach langem Hin- und Herlaufen der inaktiven Leute, erklärte der Gemeindevorsteher sich bereit, die Quittungen zu stemplein. Es mag ja das gute Recht des Bauernvogts sein, diese Arbeit zu verweigern, obgleich er bis dahin Unus war, daß die Bauernvögte sie unentgeltlich machten. Uns erscheint aber die Forderung zu hoch, wenn man bedenkt, daß dieser Herr am gleichen Tage eine Arbeiterin für Erntearbeit suchte, bei einem Tagelohn von 1 Mk — natürlich auch Leutenlohn. Die Ausfüllung der Rentenquittungen ist 12mal im Jahre vorzunehmen und ist mindestens in 3 Stunden zu erledigen. Für diese 3 Stunden fordert Herr E. 12,50 Mk. Wirklich ein schöner Vergleich!

Hamburg. Zum Streit der Werftarbeiter. Für die Ursache der Arbeitniederlegung auf den Hamburger Werften ist nicht ohne Bedeutung, was jetzt über die Maßregelung der Werften bekannt wird. Am Sonnabend, dem 12. Juli, richtete die Leitung der Werft von Blohm u. Wöb ein Rundschreiben an sämtliche Betriebsressort der Werft, in dem gesagt wird, daß am Montag, dem 14. Juli, ein Teil der Arbeiter bestimme die Arbeit einstellen werde. Sämtliche Meister und Vorarbeiter werden in dem Rundschreiben verpflichtet, am Montag, dem 14. Juli, eine halbe Stunde früher als sonst zu erscheinen. So erklärt sich auch, daß am Montag, dem 14. Juli, die Zugänge der Werft von einem starken Aufgebot von Schulzleuten besetzt waren. Für die nichtbezugsberechtigten streikenden Werftarbeiter sind außer den freiwilligen-Extrabreitern von den bezugsberechtigten Arbeitern an letzten Auszahlungstag 1690,01 Mk. eingegangen. Die privaten freiwilligen Zuwendungen erreichen bisher die Höhe von 1334,15 Mk., davon 368,50 Mk. von den Arbeitern der Argus-Flugmotoren-Werke in Berlin. Im übrigen ist auch am letzten Sonntag die Unterstützung an die Streikenden aus lokalen Mitteln beglichen worden. — Die Eisen-

industriellen zum Werftarbeiterstreik. Der Verband der Eisenindustriellen nimmt nunmehr am Werftarbeiterkampf aktiv teil. Er hat durch Rundschreiben an seine Mitglieder das Ersuchen gerichtet, während des Ausstandes keine Ausständigen oder Arbeitslosen einzustellen. Gegen Zuwiderhandeln werden die statutarisch vorgesehenen Strafen angedroht. Die Unternehmerorganisation glaubt dadurch verhindern zu können, daß ausländische, aus den bestreikten Seestädten zureisende Werftarbeiter anderwärts Arbeit bekommen und dann ihre streikenden Kollegen finanziell unterstützen könnten. Weiter sollen die Unternehmer nach Meldungen der bürgerlichen Presse die Absicht haben, durch Ausperrungen die Betriebe wirklich ruhen zu lassen. Dieser Meldung widerspricht, daß in Hamburg Arbeitswillige von auswärts eingetroffen und auf den Werften eingestellt worden sind.

Hamburg. Die Flutwelle auf der Unterelbe bei Schulan und Wittenbergen, die, wie berichtet, Sonntag abend durch einen ausfahrenden Dampfer hervorgerufen wurde, hat keine Todesopfer gefordert. Als der Schnelldampfer „Viktoria Luise“, die frühere „Deutschland“, bei ziemlichem Hochwasser Wittenbergen und Schulan passierte, entstand eine so starke Flutwelle, daß Hunderte von Badegästen und zahlreiche Personen, die am Strande lagen, in größte Gefahr gerieten. Sechsz Personen wurden so heftig an die Ufersteine geschleudert, daß sie verletzt wurden. Bei einem Hamburger Kaufmannslehrling waren die Verletzungen so schwer, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. Auch in Blankensee mußten die Leute, die am Strande lagerten, vor der Flutwelle der „Viktoria Luise“ fliehen und zum Teil ihre Kleidungsstücke zurücklassen. Als der Dampfer die Landungsbrücke bei Wittenbergen passierte, hatte dort der Dampfer „Hamburg“ aus Stade eben festgemacht. Die Warnungssignale der „Hamburg“ wurden aber von der „Viktoria Luise“ nicht beachtet, und der Kapitän der „Hamburg“ ließ deshalb schleunigst die Laufstege einziehen, um ein Unglück zu verhüten. Der Hamburger Klemperergeselle, dessen Leiche außerhalb des Freibades von Wittenbergen unterhalb des Leuchtturms gefunden wurde, hat Selbstmord begangen. Sein Tod hängt mit der durch die „Viktoria Luise“ hervorgerufenen Flutwelle nicht zusammen. — Einen raffinierten Spritschmuggel haben Hamburger Zollbeamte entdeckt. Montag nachmittag wurden am Brooktor im Hafen zwei verdächtige Schuten angehalten, die beide einen doppelten Boden hatten. In dem Zwischentraum waren 500 Behälter mit je 5 Kubikmeter Sprit. Es ist festgestellt, daß durch dieses Fahrzeug bisher 70000 Mark Zollgelde hinterzogen worden sind. Der Hauptschuldige ist verhaftet worden.

Kiel. Töblicher Unglücksfall. Auf der nächtlichen Fahrt von Land nach dem Panzerkreuzer „Seidlich“ fiel der an Land beurlaubte gewesene Heizer Weier, der in der Binasse eingeschlafen war, über Bord und ertrank. Obwohl alsbald Nachforschungen angestellt wurden und die Kriegsschiffe die Unfallstelle mit Scheinwerfern und Laternen ablichteten, konnte der Verunglückte nicht gefunden werden. — Bei einem Streit, der sich Sonntag nacht nach einer Arbeiterfestlichkeit auf der Brecker Landstraße entwickelte, wurde der Arbeiter Berger von der Kaiserlichen Werft durch Steinwürfe so schwer verletzt, daß er auf dem Transport nach den Akademischen Heilanstalten verstarb. Außer einer schweren Schädelverletzung wurden auch an dem Toten verchiedene Messerwunden festgestellt. Wegen Verdachts der Täterschaft wurden die Arbeiter Krohn, Kruse und Klob aus Geerbe, sowie der Gefreite Krohn festgenommen, der sich besonders stark an der Schlägerei beteiligt haben soll.

Hamburg. Schleswig-Holsteinischer Parteitag. Am Montag früh wurde die Debatte über die Presse fortgesetzt. Die Anträge der Hensburger Genossen wurden der Geschäftsleitung zur Ermägung überwiesen, soweit sie sich auf die Inseratenpreise beziehen. Dagegen wurde ein Antrag angenommen, der den Gewerkschaften und sonstigen Arbeitervereinen auf ihre Inserate im Hensburger Parteiblatt 10 Prozent Rabatt gewährt. Über unsere Bildungsarbeit sprach an Stelle des verhinderten Genossen Schulz Genosse Pieck-Berlin. In der ausgiebigen Diskussion wurde ein anschauliches Bild von der Bildungsarbeit im Bezirke entrollt; wertvolle Winke für die Förderung der Bildungstätigkeit wurden insbesondere vom Genossen Adler gegeben. — Über den Parteitag in Jena referierte Genosse Bartels. Derselbe beschäftigte sich zunächst mit dem Organisationsstand der Partei. Der Parteitag müsse prüfen, welche Umstände die nicht befriedigende Zunahme der Parteimitglieder herbeigeführt haben. Zu bestreiten sei nicht, daß der Feuereifer, der bisher unsere Genossen befeuerte, nachgelassen habe. Diskutabel sei die Frage, ob nicht neben den Parteiblättern, die einen größeren Umfang angenommen haben, sogenannte kleinere Blätter für das Land herauszugeben seien. Der Parteitag werde sich auch mit der Frage des Massenstreiks in Verbindung mit der preussischen Wahlrechtsfrage beschäftigen. Einigkeit bestehe wohl darüber, daß der Massenstreik als Abwehrmittel gegen event. drohende Verschlechterungen des Reichstagswahlrechts in Frage komme. Zurzeit sei der Massenstreik nicht anwendbar; er könne nicht dekretiert werden, sondern müsse von unten kommen. Sicherlich werde der Parteitag hier das Richtige treffen. Die Haltung der Reichstagsfraktion in der Frage der Wehr- und Deckungsvorlage sei im allgemeinen zu billigen. Durch eine Verlesung der Mailfeier auf einen Sonntag wird diese nicht gewinnen. Die geplante Regelung der Maisfondsfrage sei nicht zu billigen. Hierzu stellte Redner einen Antrag an den Parteitag in Jena, nach welchem jedem Genossen und jeder Genossin zur Pflicht gemacht wird, wenn sie am 1. Mai ohne Lohnhinderung feiern, den Tagesverdienst abzuführen. Befreit hiervon sind diejenigen, welche unter 1200 Mk. Jahreseinkommen besitzen. Die Diskussion war eine sehr rege. Genosse Frohme legte eingehend die Notwendigkeit der Haltung der Fraktion in der Wehr- und Deckungsvorlage dar. Beschlossen wurde bezüglich des Maisfonds entsprechend dem Antrage Bartels mit der Abänderung, daß bedürftigen Genossen auf Antrag der Mailfeierbeitrag erlassen werden kann. — Einen Rückblick auf die Landtagswahl warf Genosse Breckow in eingehender Weise. Redner mußte feststellen, daß in mehreren Fällen die Liberalen das getroffene Abkommen direkt bewußt durchbrochen haben. Eine Diskussion konnte der vorgerückten Zeit halber nicht stattfinden. Der Sitz des Bezirksvorstandes bleibt in Altona, Genosse J. Bartels Vorsitzender desselben. Zum weiblichen Mitgliede des Bezirksvorstandes wurde Genossin Schönfeld gewählt. Der nächste Parteitag findet in Cederfeld statt. Nach einem kräftigen Schlusswort des Genossen Bartels ging der Parteitag unter den Klängen der Arbeitermarshalle auseinander.

Bremervorhaben. Ein folgenschwerer Unglücksfall, der leider den Tod eines Menschen zur Folge hatte, ereignete sich am Freitag nachmittag beim alten Kaiserdock. Der Schiffszimmerer Otto Göb, der beim Norddeutschen Lloyd die Lauchearbeit mit zu verrichten hatte, war damit beschäftigt, das Tor zum Einlassen des Wassers ins Dock, das nicht ganz geschlossen war, zu schließen. Da das Dock schon ziemlich weit gelezt und der Druck der Wassermassen vor dem Tor dadurch ein sehr starker war, muß ihn der

Strom mit voller Wucht gegen das Tor gedrückt haben. Der Wasserdruck muß ein derart starker gewesen sein, daß es dem Unglücklichen nicht möglich war, die Verankerungslinien zu ziehen. Alle Versuche seiner Mitarbeiter, ihn aus seiner Lage zu befreien, mißlang. Erst nachdem das Tor wieder voll Wasser gelassen und das Tor geöffnet war, gelang es, den Eingeklemmten aus der gefährlichen Lage zu befreien. Leider konnte der Bedauernswerte nur noch als Leiche aus dem Wasser gezogen werden. Der Taucheranzug war zerrissen.

Lüneburg. Der Fluch des Kornzolls. Die steigenden Güter- und Pachtpreise machen selbst den Agrariern Sorge. Das amtliche Organ der Landwirtschaftskammer für die Provinz Hannover, das schon mehrfach auf diese bedrohliche Erscheinung aufmerksam gemacht hat, teilt neuerdings folgende Beispiele mit: Der Gutsbesitzer Wigzel in Dehnen, Kreis Lüneburg, verkaufte seine aus zwei Höfen bestehende Besitzung im Umfange von 300 Hektar für 235 000 Mark. Der bisherige Besitzer kaufte das Gut vor zehn Jahren für nicht

ganz 100 000 Mark. Wenn auch berücksichtigt wird, daß das Gut sich damals in heruntergewirtschaftetem Zustand befand, und der Besitzer erhebliche Summen für Instandsetzung aufwenden mußte, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß der Mann in zehn Jahren sein Kapital mindestens verdoppelt hat. Bemerkenswert ist noch, daß der Käufer des Gutes, ein Agent aus Magdeburg, einen Teil der Ländereien zerstückeln will und auch das Restgut zu veräußern beabsichtigt, selbstverständlich ebenfalls mit einem entsprechenden Gewinn. So werden also die neuen Besitzer, zum Teil kleine Landwirte, für denselben Boden, der vor zehn Jahren noch nicht ganz 100 000 Mark kostete, vielleicht den dreifachen Preis zahlen müssen. Der bekannte „Wunderdoktor“ Schäfer kauft ein 80 Hektar großes Gut in Südergellersen, Kreis Lüneburg, für 95 000 Mark. Die Landwirtschaftskammer bezeichnet diesen Preis für ein Gut, das zum größten Teil aus Dehländereien besteht, als „außerordentlich hoch“. Auch in Sothmar, Kreis Verden, wurden „außerordentlich hohe“ Landpreise erzielt. Hier sind kürzlich für einen 6 1/4 Hektar großen Hof 52 000

Mark, also durchschnittlich für jeden Hektar 6100 Mark, gezahlt worden. Den ungewöhnlich hohen Bodenpreisen entsprechen auch die bedeutend gestiegenen Pachtpreise. Ein Pächter in Wilsen, Kreis Wittmund, muß für die nächste Pachtperiode 121 Mark statt wie bisher 80 Mark für den Hektar zahlen, das bedeutet eine Steigerung von 51 Prozent. Das amtliche Blatt der Landwirtschaftskammer bezeichnet diese Steigerung als „ganz erheblich“, wenn man in Betracht zieht, daß die Abgaben und Löhne von Jahr zu Jahr zunehmen, daß die ganze Lebenshaltung immer teurer werde und der Pächter alle Lasten mit übernehmen müsse. — Das sind wertvolle Beiträge für die Zolltarif- und Handelsvertragsverhandlungen im Reichstage. Wer bei uns den Bodenwucher bekämpfen will, muß zuerst gegen den Brotwucher angehen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
Verleger: Th. Schwarzh. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Am Montag morgen entschlief sanft nach langem schweren Leiden mein lieber unvergesslicher Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel

Joachim Geerds
im 54. Lebensjahre.

Tief betrauert von den Seinen.
Ida Geerds, geb. Ohlsdotter
und Familie.

Lübeck, den 5. August 1912.
Krähenstraße 22/5.
Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 8. August, nachmittags 3 3/4 Uhr, in der Kapelle Vorwerk statt. (5906)

Sonntag nachmittag entschlief sanft nach langem schweren Leiden meine innigst geliebte Frau, meiner Kinder treusorgende Mutter, unsere gute Tochter, Schwester und Schwägerin

Wilhelmine Haase
geb. Pahl

im 82. Lebensjahre.
Tief betrauert von den Hinterbliebenen. **G. Haase u. Kinder.**
Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 6. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, in der Vorwerker Friedhofskapelle statt. (5898)

Gesucht zu sofort evtl. zum 15. Aug. ein Tagesmädchen.
F. Schmidt, Bülowstraße 11.

Gesucht zu sofort (5899)
ein Schuhmacher.
W. Eder, Schwartau, Döpferberg 7.

Möbliertes Zimmer
zu vermieten.
3911) Balauerföhr 11. I.

Zu sofort oder später von einem jungen Mann ein fröhl. möbl. Zimmer in Schlutup evtl. in Rücknisch gesucht. Angeb. unt. SEA an die Exp. d. Bl.

Visitkarten
— ff. Elfenbeinkarten —
100 Stück von Mk. 1.— an liefert

Die Buchdruckerei des
Lübecker Volksboten :

Ein Versuch



und Sie sind ständiger
Raucher von:

Eckstein's DA CAPO-Cigaretten
von A. M. Eckstein & Söhne, Dresden. (Trustfrei)

Stück 3 bis 10 Pfg. 2200 Arbeiter.

Geschäfts-Übernahme.

Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich das Geschäft des Buchhändlers **Max Wigger**, vorm. **J. Stolzenburg**, Segefeuer 1, käuflich erworben habe. Ich werde für weitere pünktliche Lieferung Sorge tragen und bitte ich, das Herrn **Wigger** geschenkte Vertrauen auch mir zukommen lassen zu wollen. Alle Anfragen und Bestellungen bitte ich nunmehr an mich zu richten.

Schachtungsvoll (5910)

W. Stümer, Lübeck, Fünfhausen 14-16.
Buchhandlung, in- und ausländische Zeitungs-Expedition.

Schulschreibhefte

mit den neuen Linien sind zu beziehen durch die

Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.
Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

St.-Lorenz-Beerdigungs-Institut

Telefon 2185 **Georg Behnek, Warendorfsir. 4**

übernimmt Erd- und Feuer-Bestattungen, sowie Ueberführungen. Großes Lager von Särgen, Wäsche usw. usw. Billigste Preise.



Gedenkblatt

zur 50-jährigen Jubiläumsfeier der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46
und deren Kolporteurs.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel

kaufen Sie billig und reell bei
Markt **Otto Albers** Kohlmarkt
4. 10.
z. B. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an,
Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.
62) Rote Lubeca-Marken.

Empfehle
sämtl. Fleisch-, Wurst- und Aufschnittwaren
in prima Qualität.

Gustav Wietzke,
Mühlenstraße 81. (5216)

Chorverein Lübeck.

Mitglied des deutschen Arbeiter-Sängerbundes.

Frauen und Mädchen, die Interesse für den Gesang haben, werden gebeten, sich am Montag, dem 11. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus zwecks

Gründung eines Frauenchors
einzufinden.

5913) **Der Vorstand.**

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen.
Ortsverwaltung Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, dem 6. August
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Mitteilung des Vorstandes.
3. Abrechnung vom 2. Quartal.
4. Unser Sommerfest.
5. Wahl der Schlichtungskommission
6. Verschiedenes.
5900) **Der Vorstand.**

Verband d. Maler!

General-Versammlung
am Mittwoch, dem 5. August
abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1912.
2. Vortrag des Koll. Rambow.
3. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet
5904) **Der Vorstand.**

Lübecker Sommer-Theater

i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.

Mittwoch, den 6. August:

1. Sudermann-Abend:

HEIMAT.

Magda — Else Strohm-Ambronn.

Donnerstag, den 7. August:

2. Sudermann-Abend:

Das Glück im Winkel.

Rücknitz — Arno Hob.

Elisabeth — Else Strohm.

Freitag, den 8. August:

Der Operettenspieler:

FILMZAUBER.

In Vorbereitung zum Benefiz für Herrn Arno Hob: Kean oder Leidenschaft und Genie.
5905) Anfang stets 8 1/2 Uhr.

Die Jugendlichen und die Strafrecht

Der Reichstag hat den Entwurf eines Gesetzes über das Verfahren gegen Jugendliche (Jugendgerichte) noch nicht erledigt. Aber der Bericht der 3er Kommission liegt vor, so daß das Plenum des Reichstags bald nach Wiederaufnahme der Sitzungen das Gesetz verabschieden dürfte, das dann im nächsten Jahre in Kraft treten kann. Deutschland hinkt damit hinter andern Ländern, Vereinigten Staaten von Nordamerika, England, Ungarn u. a., nach, die bereits Jugendgerichte haben. Zwar bestehen auch zurzeit schon in Deutschland an 556 Amtsgerichten Einrichtungen, die man als „Jugendgerichte“ bezeichnen kann, d. h. die eine Vereinigung des Arbeitsrichters in der Hand einer oder mehrerer Personen darstellen, und zwar nicht oder zum wenigsten nicht nur aus technischer, sondern aus geschäftlicher, sondern mit Rücksicht auf die Jugendlichen, für deren Strafsachen und vormundschaftsrichterliche Fürsorge. Diese Einrichtungen beruhen auf Verordnungen der einzelnen Landesregierungen. Aber ganz abgesehen davon, daß sie nur bei einem kleinen Teil der Amtsgerichte bestehen, können sie den Anforderungen eines modernen Jugendgerichts schon deshalb nicht entsprechen, weil wir kein materielles Jugendrecht haben, das die Eigenart der Jugendlichen und die Rücksicht auf ihre sittliche und soziale Erziehung darüber entscheidet läßt, welche Maßregel gegen jugendliche Rechtsbrecher zu ergreifen ist. In zahlreichen Fällen werden immer noch Kinder ins Gefängnis gesperrt und so erst auf die Verbrechensbahn geführt. Ob der vorliegende Gesetzentwurf diesen ungeheuerlichen Zustand beseitigen wird, sofern er nicht im Plenum des Reichstages wesentliche Verbesserungen erhält, ist sehr fraglich. Jedenfalls ist er unbefriedigend.

Der wesentliche Fortschritt des Gesetzentwurfes besteht darin, daß das strafmündige Alter vom 12. auf das 14. Lebensjahr erhöht wird, so daß wenigstens kein Kind unter 14 Jahren mehr in das Gefängnis gesperrt werden kann. Das strafmündige Alter ist dann noch zu niedrig gegriffen. Aber gut arbeitende Jugendgerichte können es auch so dahin bringen, daß Kinder und sehr jugendliche Rechtsbrecher überhaupt in kein Gefängnis mehr kommen. In England z. B. befanden sich im Jahre 1856, wie Dr. Behrend nach der letzten englischen Kriminalstatistik in Ashenburys Monatschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform mitteilt, annähernd 2000 Kinder unter 12 Jahren in Gefängnissen, und weitere 12 000 in Alter von 12 bis 16 Jahren waren gezwungen, dort ihre Strafe abzudienen. Heute hat die Jugendgesetzgebung hierin gewaltig Wandel geschaffen. Im Jahre 1908 und 1909 waren nur noch 4 bzw. 5 Kinder unter 14 Jahren in Gefängnis und 1910 konnte die englische Regierung mit Genugtuung darauf hinweisen, daß kein einziges Kind unter 14 Jahren sich mehr im Gefängnis befand. Und in gleicher Weise geht die Zahl der im Gefängnis befindlichen Jugendlichen zwischen 14 und 16 Jahren zurück. Während noch 1908 — vor der Einführung der Jugendgerichte — 543 dertartige Kinder im Gefängnis waren, sank ihre Zahl schon im folgenden Jahre um mehr als die Hälfte (222); im Jahre 1910 ist sie sogar auf 51 Personen (darunter nur 3 Mädchen) herabgefallen und wird voraussichtlich weiter sinken und ganz verschwinden. Dabei standen im Jahre 1910 vor englischen Jugendgerichten im ganzen 33 598 Jugend-

liche zwischen 12 und 16 Jahren. Davon waren annähernd die Hälfte unter 14 Jahren (16 416). Und die Delikte bestanden in 12 275 Fällen aus den schweren Formen des Diebstahls und verwandten Eigentumsvergehen (Unterschlagung, Betrug usw.).

Die Erhöhung des strafmündigen Alters auf 14 Jahre wird Deutschland gegen England voraus haben, wenn der vorliegende Entwurf Gesetz sein wird. Auch sollen in Deutschland alle Jugendlichen, die noch nicht das 18. Lebensjahr erreicht haben, vor das Jugendgericht kommen, während in England vor diese Gerichte nur die Straftaten aller Personen zwischen dem 12. und 16. Lebensjahre gelangen. Aber wie es bei der Rechtsprechung im allgemeinen nicht nur auf die Gesetzesbestimmungen, sondern auch und vor allem auf den Geist ankommt, aus dem heraus das Recht gesprochen wird, so noch viel mehr bei Jugendgerichten. Das Vertrauen zu den Richtern ist in Deutschland auch so gering, daß man auf den Geist der deutschen Rechtsprechung nicht bauen kann. Die Jugendgerichte sollen in Deutschland auch nicht einmal obligatorisch eingeführt werden, sondern nur „soweit ein Bedürfnis besteht“. Der Jugendrichter soll ein Amtsrichter sein, der „namentlich in Vormundschaftsachen“ bewandert ist, und zu Schöffen sollen bei den Jugendgerichten Personen berufen werden, „die in der Jugendziehung besonders erfahren sind“. Das alles bietet keine Gewähr dafür, daß nicht doch auch selbst von Jugendgerichten junge Leute von 14 bis 18 Jahren in das Gefängnis geschickt werden. Aber auch das, was der Entwurf an Stelle des Gefängnisses vorsieht, ist zum Teil sehr fraglicher Art.

Wenn die Verschuldung und die Folgen einer Tat gering sind, so soll von der Erhebung einer Anklage abgesehen werden können, nicht müssen. Es liegt also ganz in dem Ermessen des Staatsanwalts, ob er Anklage erheben will oder nicht. Anstatt daß Anklage erhoben wird, können aber auch sofort Erziehungs- und Besserungsmaßregeln angeordnet werden, was auch nach Erhebung einer Klage vom Gericht geschehen kann. Die Vormundschaftsbehörde kann dann den Jugendlichen ermahnen oder ihn der Zucht des gesetzlichen Vertreters oder der Schulbehörde überweisen oder die „Fürsorgeerziehung“ anordnen oder die Schulaufsicht. Nicht das Jugendgericht, sondern die Vormundschaftsbehörde urteilt, und zwar nach Gutdünken, über den jugendlichen Rechtsbrecher, der von der Gefängnisstrafe verschont bleibt. Und er kann dann vom Regen in die Traufe, das heißt, anstatt in das Gefängnis in eine Fürsorgeerziehungsanstalt kommen, die zum Teil viel fürchtbarer und für den Jugendlichen schädlicher ist als das Gefängnis.

Der Gesetzentwurf über die Jugendgerichte enthält also auch nach den Beschlüssen der 3er Kommission noch große Mängel. Aber das schlimmste ist, daß wir keine Einrichtungen haben und solche auch nicht in Aussicht stehen, die für schwere jugendliche Verbrecher an Stelle der Strafe zu treten haben. Und das wird auch so lange der Fall sein, als die Erkenntnis nicht die Oberhand gewonnen hat, daß fast alle leichten Fälle jugendlicher Kriminalität bedeutungslos sind, weil es sich hierbei nicht um Verbrechen, sondern um Kindereien handelt; daß die Ursache der schweren Kriminalität aber in einem sehr großen Teil, wenn nicht ausschließlich, im franken Geisteszustand des jungen Rechtsbrechers zu suchen ist. Nach der neuesten amtlichen Statistik über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger in Preußen im Jahre 1911 stammten 3232 Zöglinge von Eltern mit „lasterhaften

Neigungen“ — Trunksucht, Unzucht usw. — oder von solchen ab, die geistig minderwertig waren, d. h. als diese „verwahrlosten“ Kinder waren Abkömmlinge geistig minderwertiger Eltern und selbst geistig nicht gesund. Nur ein Jugendrecht, das diese Tatsachen berücksichtigt und an die Stelle des Strafrichters den Arzt und den Pädagogen setzt, wird für die jugendlichen Rechtsbrecher eine Behandlung bringen, die im modernen Sinne eine Gerechtigkeit darstellt und geeignet ist, dem Verbrechen entgegenzuwirken.

Der Krupp-Prozess vor dem Kriegsgericht.

Am Montag, dem 4. Verhandlungstage, war beim Zeugnisauftritt die Frau Brandt wieder nicht erschienen, da sie nach einem ärztlichen Urteil nur unter ärztlicher Begleitung im Gerichtssaal erscheinen könne. Das Gericht sprach aus, daß die Zeugin zu erscheinen habe. — Auf ein Schreiben des Zeugen Ruff, in dem dieser sich gegen die Behauptung wendet, er sei in eine Untersuchung wegen Spionage verwickelt, bemerkte der Vertreter der Anklage, Tatsache sei, daß gegen Ruff ebenso wie gegen Direktor Eccius und gegen Generalkonzeptionsrat Dr. Dreger ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft schwebt. — Dann wurde über den „Kornwalzer“ Nr. 10 verhandelt, den Intendantursekretär Pfeiffer geliefert haben soll. Pfeiffer bestritt dies. Mehrere Sachverständige bekräftigten, daß der Bericht nur vom Kriegsministerium aus an Brandt geraten sein könne. — Einige „Kornwalzer“ wurden dann in geheimer Sitzung erörtert.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit wurde Landgerichtsrat Dr. Wegel vernommen, der seinerzeit die Beschlagnahme bei Krupp in Essen vorgenommen und auch die Vernehmung Brandts geleitet hatte. Er sagte aus, daß nach seiner Ansicht die Herren in Essen bei der Firma Krupp von seinem Eintreffen völlig überrascht waren. Er habe auch den Eindruck gewonnen, daß die Firma über sein Kommen vorher nicht orientiert war, da sonst die Beschlagnahmen „Kornwalzer“ wohl beseitigt worden wären. Er habe alle Papiere ausgehändigt erhalten, für die er Interesse hatte. Brandt habe auf ihn wohl einen gebrochenen, aber durchaus glaubwürdigen Eindruck gemacht und er habe sofort gesagt, daß er der Hauptschuldige sei. Brandt wollte keineswegs andere unnötig belasten. Der Zeuge jagt weiter aus, er sei erstaunt gewesen, als er gelesen habe, Brandt habe eine Kopfverletzung erlitten und sich eine Gehirnerschütterung zugezogen, so daß er jetzt an Gedächtnisschwäche leide. Daß bei den vielen Vernehmungen, die er mit Brandt gehabt, in keiner Weise hervorgetreten. — Landrichter Dr. Wegner schloß sich dieser Befundung vollinhaltlich an. — Direktor Dreger bemerkte auf eine Frage, er habe es allerdings als eine Unheimlichkeit bezeichnet, daß Brandt die „Kornwalzer“ aufgehoben und sich davon Notizen gemacht habe.

Auf Ersuchen des Verhandlungsführers äußerte sich hierauf Oberleutnant Jung vom Kriegsministerium über das Verhältnis der Heeresverwaltung zur Firma Krupp. Er bezeichnet es als falsch, daß Oberst v. Brandt einmal als Zeuge geäußert haben soll, zwischen Krupp und der Heeresverwaltung gebe es kein Geheimnis. In artilleristischer Beziehung gibt es allerdings bis zu einer gewissen Grenze kein Geheimnis, da Krupp Lieferant der artilleristischen Sachen ist. Im übrigen gibt es aber eine große Zahl von Dingen, die auch vor Krupp streng geheim zu halten sind, u. a. auch die Konkurrenzpreise, da die Firmen es der Heeresverwaltung zur Pflicht machen, strenges Stillschweigen hierüber zu bewahren. Das sei auch stets geschehen. Ob die Heeresverwaltung durch Verrat der Konkurrenzpreise Schaden hat, läßt sich nicht ohne weiteres sagen. Wenn eine Firma infolge Kenntnis der Konkurrenzpreise ihre Preise herabsetzt, so hat die Heeresverwaltung natürlich Vorteil, die Lieferanten machen aber schon ohnedies keine zu hohen

Müllerliebe.

Roman von George Sand.
Deutsch von Heinrich Heine.

48. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Ja, ja, es ist das alte Lied von den gestern abend“, sagte der Wächter, dem der Anblick seiner Ehehälfte einen Teil seines Jornes wiedergab. „Endlich genug geschwätzt! Ist die Suppe fertig? Komm, Rosa, hast du Hunger?“

„Nein, Vater“, antwortete Rosa trocken.

„Ich bin es also, der dir den Appetit verdorben?“

„Ja, Vater.“

„Das . . . soll das ein Vorwurf sein?“

„Ja, ich muß es gestehen.“

„Ah . . . sag doch, Rosa“, begann der Wächter wieder, der seiner Tochter gegenüber äußerst nachgiebig war, sie aber so zum ersten Male gegen sich empört sah. „Wenn du mir so kommst, paßt es mir kaum. Weißt du auch, daß deine schlechte Laune mir zu denken geben könnte? Und das möchtest du doch hoffentlich nicht?“

„Sprich, sprich doch, Vater. Sage, was du denkst. Wenn du dich täuschest, ist es meine Pflicht, mich zu rechtfertigen.“

„Ich sage, meine Tochter, es steht dir schlecht an, für einen Lämmel von Müller Partei zu ergreifen, dem ich eines schönen Morgens meinen Rohrstock auf dem Rücken tanzen lasse, wenn er um mein Haus schleicht.“

„Vater“, antwortete Rosa feurig, wenn du deinen Stock auch auf meinem Rücken tanzen siehst — ich wage dir zu sagen: alles ist grausam und ungerecht; ich fühle mich gedemütigt, deiner öffentlichen Rache zu dienen, als sei ich verantwortlich für das Unrecht, das man dir zugefügt oder nicht zugefügt; und schließlich macht dies alles meiner Großmutter Rummer und verleiht sie, wie du ja siehst.“

„Ja, ja, das betrübt mich und bringt mich auf“, sagte Mutter Britolin in ihrem freien und kurzen Tone, der den noch große Sanftmut und Güte verbergte — und darin glückte Rosa ihr, die eine lebhafteste Redeweise und eine zärtliche Seele besaß. „Das Herz blutet mir“, fuhr die Alte fort, „wenn ich einen anständigen Burshen mit Worten mißhandeln sehe, den ich fast wie eines meiner Kinder liebe — um so mehr, als ich seit mehr als 60 Jahren mit seiner Mutter und ihrer ganzen Familie befreundet bin . . . Eine brave Familie, ja, und der Ludwig keine Unehre macht.“

„Ah, wegen diesem hübschen Herrn da brummt deine Mutter“, herrschte Frau Britolin ihren Gatten an, „und meint deine Tochter! Jawohl, ihr verwickelt uns in schöne Angelegenheiten, Herr Britolin, mit eurer Freundschaft für

diesen großen Esel. Da hast du jetzt deinen Lohn! Ist es nicht eine Schande, wenn deine Mutter und deine Tochter Partei gegen dich ergreifen und Tränen vergießen, als wenn . . . als wenn . . . du lieber Gott, ich will nichts mehr davon sagen, ich müßte sonst erröten.“

Sage alles, Mutter, alles!“ rief Rosa in höchster Erregung. „Wenn man heute einmal so recht dabei ist, mich herunterzumachen, so mag man sich nichts schenken! Ich bin ganz bereit, Rede und Antwort zu stehen, wenn man mich ernstlich und aufrichtig über die Gefühle befragt, die ich für Ludwig hege!“

„Und welches sind Ihre Gefühle, Fräulein?“ fragte der Wächter außer sich vor Wut, mit höhrender Stimme. „Sagen Sie es schnell, wenn es Ihnen gefällig ist, denn das Zünglein läßt ja keine Ruhe.“

„Meine Gefühle sind die einer Schwester und Freundin“, entgegnete Rosa, „und niemand wird mich davon abbringen.“

„Eine Schwester! Die Schwester eines Müllers . . .!“

sagte Britolin, indem er Rosas Stimme höhner nachahmte.

„Eine Freundin — die Freundin eines Bauern! Das ist eine schöne Redeweise und sehr passend für ein Mädchen wie du!“

Der Schlag soll mich rühren, wenn die jungen Mädchen heutzutage nicht alle toll sind. Rosa, du sprichst, wie man in einer Irrenanstalt sprechen würde!“

In diesem Augenblick vernahm man scharfe, gellende Schreie aus der Kammer der Wahnsinnigen. Frau Britolin erbehte und Rosa wurde bleich wie der Tod.

„Höre, Vater!“ bat sie, indem sie seinen Arm ergriß und ihn heftig drückte. „Höre nur, und dann wage noch zu lachen über die Tollheit der jungen Mädchen! Mache deine Witze über die Irrenhäuser — du, der du zu vergessen scheinst, daß ein Mädchen von unserm Stande, einen Mann ohne Vermögen lieben kann — so lieben kann, das sie in einen Zustand verfällt, der schlimmer ist als der Tod!“

„Ah . . . sie gesteht es ein . . . sie schreit es aus!“ rief Frau Britolin in Wut und Verzweiflung. „Sie liebt diesen Lämmel und droht uns, den Verstand zu verlieren, wie ihre Schwester!“

„Rosa . . . Rosa . . .“ sagte Britolin erschrocken, „sei still, Rosa. Und du, Theobaldine, geh du und sieh nach der Britoline!“ fügte er in beschleunigtem Tone hinzu.

Frau Britolin ging hinaus und Rosa stand da — mit verstörtem Gesicht und entsetzt über das, was sie soeben zu ihrem Vater gesagt.

„Mei . . . Töchterchen, du bist krank“, sagte Britolin ganz gerührt, „du mußt dich zusammennehmen.“

„Ja, du hast recht, Vater, ich bin krank“, erwiderte Rosa in Tränen zerfließend und sich in die Arme ihres Vaters werfend.

Britolin war erschrocken, doch, es war ihm unmöglich, Rührung zu empfinden. Er umarmte Rosa wie ein Kind, das man beunruhigt, nicht aber wie eine Tochter, die man vergöttert. Er war eitel auf ihre Schönheit, auf ihren Geist, und mehr noch auf den Reichtum, den er ihr mitzugeben gedachte. Er hätte sie lieber häßlich und dumm, aber durch ihr Geld den Reiz erregend, auf der Welt gesehen, als vollkommen und arm und das Mitleid der Menschen erregend.

„Kleine“, sagte er, „du bist heute abend nicht recht bei Trost. Gehe zu Bett, und möge der Müller und seine schöne Freundin dir den Kopf nicht mehr verdrehen. Seine Schwester hat dich genährt, es ist wahr. Aber, bei Gott — sie ist auch gut dafür bezahlt worden. Der Burshen war dein Jugendfreund. Auch das ist wahr. Aber er war unser Bedienter und tat nur seine Pflicht, wenn er dich vergnügte. Es gefällt mir nun heutzutage, ihn wegzujagen, weil er mir einen häßlichen Streich gespielt hat. Und es ist deine Pflicht, zu finden, daß ich recht habe.“

„O Vater“, bat Rosa, noch immer in den Armen des Wächters weinend, „du wirst diesen Befehl widerrufen. Du wirst ihm gestatten, sich zu rechtfertigen, denn er ist nicht schuldig . . . es ist unmöglich, und du kannst mich nicht zwingen, meinen Jugendfreund zu demütigen, den Sohn der guten Müllerin, die mir so gut ist . . .“

„Rosa, alles das wird mir einfach langweilig“, verjehrte Britolin, indem er sich von den Liebslingen seiner Tochter frei machte. „Es ist doch allzu dumm, die Verleumdung eines solchen Habentichts zu einer Familienangelegenheit aufzubauen. Nun, mache Frieden, ich bitte dich. Höre, wie deine arme Schwester lacht, und kümmer dich nicht um einen Fremden, wenn das Unglück in unser Haus eingekehrt ist.“

„O, wenn du glaubst, ich höre die Stimme meiner Schwester nicht“, sagte Rosa mit dumpfer Grabesstimme, „wenn du glaubst, ihre Schreie sagten meiner Seele nichts, so täuschst du dich, Vater. Ich höre sie wohl, und meine Gedanken beschäftigen sich nur zuviel mit ihr.“

Wahntend ging Rosa hinaus. Doch, als sie sich zu dem Zimmer ihrer Schwester wendete, hörte man sie auf den Fußboden des Korridors niedersinken. Frau und Mutter Britolin eilten erschrocken herbei — Rosa war ohnmächtig und wie tot.

Man trug sie eilig in das Zimmer, wo Marcella sie schreibend erwartete, ohne das Unwetter zu ahnen, das über ihre arme Schwester hereingebrochen. Sie umgab sie mit zärtlicher Fürsorge und besaß allein die Geistesgegenwart und schickte ins Dorf, ob der Arzt schon wieder fort sei. Er kam auch und fand das Mädchen in einer heftigen Nervenerregung. Ihre Glieder waren steif, die Zähne krampfhaft aufeinandergepreßt und die Lippen bläulich. Als man

Preise, da sie sonst Gefahr laufen, bei der Ausschreibung auszufallen. Gänzlich ausgeschaltet könne allerdings ein Lieferant nicht werden, da er ja die Last auf sich nehmen müsse, auch in Friedenszeiten einen Stamm von Arbeitern zu halten, um die nötigen Einrichtungen zu unterhalten und um in Kriegszeiten den Bedarf schleunigst decken zu können. — Auf Befragen des Verhandlungsführers, ob die Preisverwaltung durch Verrat der Konkurrenzpreise von einer Firma erschaffen gemacht werden könne, bemerkte der Sachverständige, daß er diese juristische Frage ebenfalls nicht ohne weiteres beantworten könne. Die große Mehrheit der „Kornwäcker“ war geheim zu halten, und die Angeklagten waren nicht befugt, derartige Mitteilungen an Brandt zu machen. — Hierauf wurden die Sachverständigen vereidigt.

In der Nachmittagsjüngung wurde Frau Brandt als Zeugin vernommen. Diese bestritt: Die Angeklagten Tilian, Hing und Schleuder, letztere beiden in Gegenwart ihres Mannes, der zurzeit schon entlassen war, haben sie in Radnorsdorf besucht. Es ist aber von keiner Seite ein Versuch unternommen worden, die Aussagen ihres Mannes in irgend einer Weise zu beeinflussen. Die Zeugin wurde darauf vereidigt: die Zeugin v. Dewitz, Cecius, Dreger und Brandt, gegen die ein Strafverfahren schwebt, wurden nicht vereidigt.

Dann war die Beweisaufnahme geschlossen und der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Dr. West, suchte in einer zweistündigen Rede das Schuldig der Angeklagten nachzuweisen. Die Angeklagten hätten sich der passiven Befehlshung, des militärischen Ungehorsams und des Verrats militärischer Geheimnisse im Sinne der §§ 2 und 3 des Gesetzes vom 3. Juli 1893 schuldig gemacht. Es sei dabei nicht erforderlich, daß sie die Absicht hatten, Landesverrat zu begehen. Sie mußten aber mit der Möglichkeit rechnen, daß ihre Mitteilungen einer fremden Macht bekannt werden, zumal ihnen doch bekannt sein mußte, daß die Firma Krupp mit mehreren Militärattachés auswärtiger Staaten in Verbindung steht. Die Angeklagten haben ihre dienstliche Pflicht in unerhörter Weise verletzt; sie haben das Ansehen des Staates und der höheren Verwaltung in argster Weise geschädigt und sie haben auch den preussischen Beamtenstand mit einem Makel beschmutzt. Es war bisher der Stolz des preussischen Staates, daß keine Beamten unbestechlich seien. Das Sämiertgelderurteilen, das seit einiger Zeit leider in der Industrie eingerissen ist, ist auf den preussischen Beamtenkörper hinübergeprungen. Sache des Gerichtshofes werde es sein, durch hohe Strafen dafür zu sorgen, daß dieses Uebel nicht weiter um sich greift. Er beantragte gegen Tilian und Schleuder 9 Monate Gefängnis und Dienstentlassung, gegen Schmidt 6 Monate Gefängnis und Degradation, gegen Droese 3 Monate Gefängnis, gegen Hoge, der der einzige ist, der sich seine Finger durch Befehlungen nicht beschmutzt hat, drei Monate Gefängnis und keine Dienstentlassung. Am schwersten habe sich zweifellos der Angeklagte Pfeiffer vergangen. Er habe seine hohe Vertrauensstellung, die er im Kriegsministerium bekleidete, aufs schändlichste mißbraucht. Gegen ihn beantragte er daher 1 Jahr Gefängnis und Amtsentziehung. Die Untersuchungshaft habe bei allen Angeklagten nur sehr kurze Zeit gedauert und könne daher nicht angerechnet werden. Die erhaltenen Befehlsgelder, wozu auch die von Brandt gezahlten Zehnen gehören, seien von Staatswegen einzutreiben.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Wirth suchte für den Angeklagten Tilian in längerer Rede den Nachweis zu führen, daß von einem zweiten „Panama“ keine Rede sein könne. Es sei in der Öffentlichkeit, ganz besonders im Reichstag, arge Uebertreibungen begangen worden. Sache des Gerichtshofes sei es, diese Uebertreibungen auf das Entschiedenste zurückzuweisen. Dem Angeklagten Tilian sei höchstens militärischer Ungehorsam nachzuweisen. Er habe sich sonst als anständiger Mann gezeigt. Der Verteidiger ersuchte, seinen Klienten nur zu Festung zu verurteilen und nicht auf Dienstentlassung zu erkennen. Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Ulrich suchte ebenfalls in längerer Rede nachzuweisen, daß arge Uebertreibungen stattgefunden haben und daß seinen Klienten Droese und Hing nur militärischer Ungehorsam nachgewiesen sei. Von Verrat militärischer Geheimnisse könne keine Rede sein, da die Angeklagten der Meinung sein konnten, daß es für die Firma Krupp, die alle artilleristischen Arbeiten für den Staat ausführt, nicht nur kein Geheimnis geben, sondern diese Firma alle Geheimnisse kennen müsse. Er beantragte ebenfalls die Angeklagten Droese und Hing nur zu Festung zu verurteilen. — Die Verteidiger Rechtsanwälte Dr. Barnau und Graffo erklärten, daß sie zu erschöpft seien, um heute noch plädieren zu können.

Die Verhandlung wurde auf Dienstag vormittag vertagt.

Aus der Partei.

Das Würzburger Kaiserhof und die bürgerliche Presse. Ein Teil der bürgerlichen Presse nahm in der letzten Zeit wieder einmal die Gelegenheit wahr, die Sozialdemokratie zu verunglimpfen. Sie verbreitete die Lügenmär, anlässlich des Rabatt-Sparvereinstages in Würzburg habe der Lokalredakteur unseres dortigen Parteiblattes an dem Festessen und an dem dabei ausgebrachten Kaiserhof teilgenommen. Unser Genosse Schmidt in Würzburg, der hierbei nur in Betracht kommen kann, teilt nun mit, daß er als Lokalredakteur des „Fränkischen Volksfreund“ in Würzburg es als seine Pflicht erachtet hatte, der Einladung der Rabatt-Sparvereiner, die an alle Tageszeitungen Würzburgs und auch an den „Fränkischen Volksfreund“ ergangen war, Folge zu leisten. Er habe daher auch an der Abendveranstaltung teilgenommen, schon um den Schimpfereien, die sich die Rabatt-Sparvereiner auf ihren Tagungen gegen die Konsumvereine leisteten, in der Presse entsprechend entgegenzutreten zu können. Als Genosse Schmidt zu dem sogenannten Festessen eintraf, war das Kaiserhof jedoch längst verklungen. Es ist daher Schwindel, wenn behauptet wird, der Lokalredakteur des „Fränkischen Volksfreund“ habe an dem Kaiserhof der Rabatt-Sparvereiner teilgenommen.

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Jena 1913.

IV.

Agitation.

Zu Beginn des Berichtsjahres wurde eine allgemeine Agitation gegen die Urheber der unerträglichsten Lebensmittelteuerung eingeleitet. Der Parteivorstand gab drei Musterflugblätter heraus, die vor den Versammlungen, die im ganzen Reiche stattfanden, verbreitet wurden. In Flugblättern und Versammlungen wurde die schleunige Einberufung des Reichstags gefordert, von dem Dämpfung der Grenzen, Suspendierung der Futtermittelzölle und Erleichterung der Fleischführung verlangt wurde. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter brachten die Urlagen der Teuerung in den städtischen Körperschaften zur Sprache, wurde doch auch der Armenrat der Städte durch die Lebensmittelteuerung außerordentlich stark in Anspruch genommen.

Gegen die angeblich unpolitischen Kriegervereine, die die Sozialistenhege immer mehr als Spezialität betreiben, gab der Parteivorstand ein Flugblatt: „Meidet die Kriegervereine!“ heraus.

Im Oktober lag Gefahr vor, daß der Balkankrieg auf die Länder der benachbarten Großmächte und damit auf ganz Europa übergriff. Das deutsche Proletariat nahm deshalb in impetuosener Massenfundebungen für die Erhaltung des Friedens und gegen den Imperialismus Stellung. Ueber das Thema: „Krieg dem Kriege“ gab der Parteivorstand ein Flugblatt und zwei Broschüren zur Massenverbreitung heraus. Ferner beauftragte er den Genossen Otto Bauer in Wien mit der Abfassung einer aufklärenden Broschüre über: „Der Balkankrieg und die deutsche Weltpolitik“. Vor und nach dem außerordentlichen internationalen Sozialistkongress in Basel fanden dann erneut Massenmeetings für die Erhaltung des Friedens statt. Die Zahl der Teilnehmer an der Riesendemonstration, die am 20. Oktober in Treptow stattfand, wurde auf eine Viertelmillion geschätzt.

Im März letzte die Agitation gegen die Heeresvorlage der Reichsregierung ein. Schon bevor die Einzelheiten der Vorlage bekannt waren, wurde ein Flugblatt gegen die Kriegshege und gegen die gepante Heeresvorlage herausgegeben. Ferner wurde das mit der französischen Bruderpartei vereinbarte Manifest vom 1. März: „Gegen den Rüstungswahnsinn“ gleichzeitig in Deutschland und in Frankreich verbreitet. Zwischen Ostern und dem 6. April, dem Termin des Wiederzusammentretens des Reichstags, fand im ganzen Reiche eine lebhafteste Versammlungskampagne statt, zu deren Einleitung nach Veröffentlichung der Regierungsvorlage ein neues Flugblatt: „Auf zum Kampfe gegen die Militärvorlage“ erschien. Nach den Enthüllungen über den Rüstungsstrukt erschien im Mai als weiteres Flugblatt: „Ein ernstes Wort in erster Zeit. Militärvorlage und internationale Rüstungsindustrie.“

Gegen die Ausnutzung der Jahrhundertfeier zu völkseindlichen Zwecken erschien das Flugblatt: „1813—1913“ und gegen den Reichsverband, der die Sozialdemokratie in einem seiner Machwerke des Kapoleonkultus und Sozialdemokratie.

Zum 50jährigen Parteijubiläum gab der Parteivorstand als Rednermaterial eine Broschüre über die Gründung der sozialdemokratischen Partei heraus.

Die Agitationsarbeit für den Wahlkampf in Preußen leitete der Parteivorstand gemeinsam mit dem geschäftsführenden Ausschuss der Landeskommission der preussischen Sozialdemokratie. Es wurden während des Wahlkampfes insgesamt zehn Flugblätter und eine Broschüre herausgegeben.

In der Serie sozialdemokratischer Flugblätter, die ohne Umschlag das Tausend zu 10 Mark abgegeben werden, erschienen im Berichtsjahre neu: Nr. 12: „Imperialismus oder Sozialismus?“, Nr. 13: „Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie vor Gericht“, Nr. 14: „Die Greuel des Krieges“, Nr. 15: „Krieg dem Kriege“, Nr. 16: „Der Wahlrechtskampf vor dem Reichstag“, Nr. 17: „Bedruff zur Preußenwahl“, Nr. 18: „Das Wahlrecht und die Parteien“, Nr. 19: „Dichtung und Wahrheit über 1813“.

Die vierzehntägig erscheinende „Sozialdemokratische Parteikorrespondenz“, die zu allen aktuellen Fragen den Sammelmappen der agitatorisch tätigen Genossen reichlich Material lieferte, erscheint jetzt in einer Auflage von 5100 Exemplaren.

Außerdem gibt das speziell gegen das Zentrum, die rheinisch-westfälischen Scharfmacher der Schwerindustrie und die christlichen Gewerkschaften arbeitende „Sozialdemokratische Bureau für Rheinland-Westfalen“ zur Erfüllung seiner besonderen Aufgabe geeignetes Agitationsmaterial heraus, das jetzt in 600 Exemplaren erscheint. An die Presse sendet das Bureau nach Bedarf informatorische Briefe. Außerdem unterstützte das Bureau die Agitation der Partei durch Herausgabe von zwei Broschüren und einem Flugblatt, das die Bergarbeiter über die Bedeutung der Landtagswahl aufklärte.

Agitationskalendar, zu denen die Zentralkasse zum Teil Zuschüsse leistete, geben 30 Bezirksvorstände heraus.

Zur Agitation unter den Schiffen und Fischern wurde wieder der „Schiffer- und Fischertalender“ in einer Auflage von 60 000 Exemplaren gratis abgegeben. Für die Binnenfahrer und Fischer erschien ferner anlässlich der preussischen Landtagswahl noch ein besonderes Flugblatt.

Zur Agitation unter der ländlichen Bevölkerung wurden von 23 Bezirks- und Landesvorständen Zeitungen herausgegeben, wovon 1 viermonatlich, 3 dreimonatlich, 4 zweimonatlich, 12 monatlich, 1 monatlich zweimal und 2 wöchentlich erscheinen. Die Blätter werden in großer Auflage fast alle gratis verbreitet.

Ueber die Zahl der im Berichtsjahre veranstalteten Versammlungen und unentgeltlich verteilten Flugblätter, Flugschriften und Kalender gibt die angelegte Tabelle Auskunft, die ein Beweis für die emsige Kleinarbeit der Genossen und Genossinnen des ganzen Reiches ist und von der Genossenschaft der sozialdemokratischen Partei ein übersichtliches Bild gibt.

Die Nachwahlen zum Reichstag.

Die Ergebnisse der Reichstagsnachwahlen zeigen fast überall schwächere Wahlbeteiligung. Infolgedessen wird auch von unserer Partei die bei den Hauptwahlen erzielte Stimmengahl selten erreicht. Diese Erscheinung ist nicht neu, sie wird immer nach den allgemeinen Wahlen beobachtet, wenn nicht ganz besondere politische Ereignisse die öffentliche Meinung aufpeitschen. Ganz naturgemäß tritt ein Stimmenrückgang im ersten Jahre nach der Hauptwahl ein, weil weniger Wähler vorhanden sind. Es werden die alten Listen benutzt. Die Lücken, die der Tod gerissen, sind nicht durch Zuwachs und die durch Wegzug von Wählern entstandenen Lücken nicht durch Zugang ausgefüllt. Bei den Nachwahlen fehlt die allgemeine politische Erregung, die bei allgemeinen Wahlen bis in die äußersten Winkel dringt und jeden denkenden Wähler antreibt, auch in den Kreisen, wo keine Aussicht auf Erfolg ist, durch Stimmabgabe zu demonstrieren.

Finden Nachwahlen in solchen Kreisen statt, die als sicherer Besitz bestimmter Parteien betrachtet werden, dann ist schwache Wahlbeteiligung die Regel. Bei den ersten sieben in untenstehender Tabelle aufgeführten Wahlen wurde auf Grund der alten Listen gewählt. Die alten Listen sind aber nicht der einzige Grund des Stimmenrückganges. Um die Unkosten für Versammlungen, Flugblätter und Stimmzettel zu sparen, beteiligten sich unsere Genossen in Pfarrkirchen, wo sie bei der Hauptwahl 1228 Stimmen aufgebracht hatten, gar nicht an der Nachwahl. In Schlettstadt war unsere Stimmengahl bei der Hauptwahl unverhältnismäßig hoch, weil nur ein Sozialdemokrat neben dem Elsäßer Dr. Weill aufgestellt war. Bei der Nachwahl stellte auch die Fortschrittliche Volkspartei einen eigenen Kandidaten auf, der 2315 Stimmen erhielt.

einige Anordnungen befolgt, lehrte das Bewußtsein wieder. Der Puls aber ging von betriebsregender Schwäche zum wilden Jagen über. Ihre großen schwarzen Augen glänzten im Fieber, und sie führte erregte Reden, ohne recht zu wissen, mit wem. Obgleich sie betrosfen war von dem Namen Ludwig, den die Kranke mehrere Male aussprach, gelang es Marcella, ihre bestorgten Eltern zum Fortgehen zu bewegen und mit ihr allein zu bleiben, während der Arzt sich zu der älteren Schwester begab, die, wie am Vorabend, Symptome der Fäulnis erkennen ließ.

„Liebe Rosa,“ sagte Marcella, indem sie ihre Gefährtin in die Arme schloß, „Sie haben Kummer, das ist die Ursache Ihrer Krankheit. Versöhnen Sie sich — morgen werden Sie mir alles erzählen, und ich verspreche Ihnen, alles zu tun, um Ihre Sorgen von Ihnen zu nehmen. Wer weiß, ob ich nicht Mittel und Wege finde?“

„Ach... Sie sind ein Engel!“ lächelte Rosa, sich ihr an den Hals werfend. „Aber Sie können nichts für mich tun. Alles ist verloren — Ludwig ist von dem Hofe gejagt. Mein Vater, der ihn noch heute morgen beschützte, haßt und verflucht ihn heute abend. Rührhaftig, ich bin allzu unglücklich.“

„Sie liebten ihn also wirklich?“ fragte Marcella verwundert. „Ob ich ihn liebe...!“ lachte Rosa auf. „Kann ich ihn denn nicht lieben? Und wann haben Sie daran gezweifelt?“

„Ach, gekannt, Rosa. So waren Sie sich selbst nicht eins.“

„Es ist möglich. Vielleicht würde ich mir nie klar darüber geworden sein, wenn man ihn nicht verfolgt — wenn man nicht weiß, wie leicht, zum Ausweichen getrieben hätte. Denken Sie sich,“ sagte sie und ihre Worte übermühten sich, und sie hielt die bezaubernde Stirn mit beiden Händen, „denken Sie sich, was hat ihn in meiner Gegenwart zu demütigen, ihn in meinen Augen zu erniedrigen vermag, weil er arm ist und mich zu lieben mag! Heute morgen, als man ihn mit Capoteletten überdeckte, war ich feige. Ich war im Horn, aber ich wagte nicht, es mir merken zu lassen. Ich habe ihn vernachlässigt, ohne an seine Verteidigung zu denken — ich erregte ihn über ihn. Und dann kehrte ich heim, plötzlich vor heftigen Kopfschmerzen befallen und mich fragend, ob ich jemals die Kräfte finden würde, um freiwillig so vieles Schimpfungen zu tragen.“

„Ich habe mir eingebildet,“ lachte Rosa fort, „ich wollte ihn nicht mehr lieben. Da aber sah ich es mir, als wüßte ich, daß... als würde dieses Haus, das ich jetzt für so schön

gehalten, weil ich darin erzogen wurde und mich glücklich fühlte, jähwag, unjauber, traurig und häßlich, wie es Ihnen selbst ohne Zweifel auch vorkommt. Ich glaubte mich in einem Gefängnis und heute abend, als meine arme Schwester mir in ihrem Wahnwitz sagte, unser Vater sei ein Gendarm, der uns bewache und uns nicht aus den Augen ließe, um uns leiden zu lassen — da war auch ich einen Augenblick wie irrsinnig und glaubte alles zu sehen, was meine Schwester sieht. O, wie weh hat mir das getan! Und als ich wieder zur Besinnung kam, fühlte ich, daß es ohne meinen armen Ludwig nichts Angenehmes und Erträgliches in meinem Leben gäbe. Nur weil ich ihn liebe, habe ich bis heute alle meine Leiden auf mich genommen — die schreckliche Laune meiner Mutter, die Anempfindlichkeit meines Vaters, die Bünde unseres Reichtums, der nur Unglückliche und Eiferjüchtige um uns her schaffte und den Anblick der entsetzlichen Krankheiten, die meine Schwester und meinen Großvater schon seit so langer Zeit vor meinen Augen befallen. Das alles erschien mir schrecklich, wenn ich mich allein sah, nicht mehr zu lieben wagte, und erkannte, daß ich gezwungen war, alles dies zu erdulden, ohne den Trost der zärtlichen Liebe eines schönen, edlen Wesens, dessen Anhänglichkeit mich für alles hätte entschädigen können. O, es ist unmöglich... ich liebe ihn und will nicht mehr verjagen, mich davon zu heilen. Aber ich werde daran sterben, Frau Marcella... Denn man hat ihn verjagt, und ich mag noch so viel leiden — sie werden unbarmerzig sein. Ich werde ihn nicht mehr sehen können. Wenn ich heimlich mit ihm spreche, wird man mich schelten und mich verpöten, bis ich den Verstand verlieren werde... Mein armer Kopf, den ich so gesund und stark glaubte, und der mir so weh tut, daß es mir schmerzt, als wolle er zerspringen!... O, ich werde es nicht so weit kommen lassen, wie meine Schwester — haben Sie keine Angst um mich, liebe Frau Marcella! Lieber werde ich mich töten, wenn ich fühle, daß ihre Krankheit auch mich überkommt... Ach, wenn ich sie hören hörte, zerreiße es mir das Herz — es laßt mir heiß und kalt über die Haut. Eine Schwester, eine arme, arme Schwester... Dasselbe Blut rinnt durch unsere Adern, und unser Körper, wie auch unsere Seele fühlen ihre Qualen... O, Himmel... Frau Marcella... mein Gott, hören Sie sie? O, Sie mögen die Türen noch so fest verschließen — ich höre sie doch... ich höre sie immer... Wie sie leidet, wie sie liebt — wie sie rast... Schwester, o, armes Schwesterchen, die ich so schön gesehen, so sanft, so heiter, und die jetzt heult wie eine Waise...“

Die arme Rosa brach in Schläffen aus, und ihre Tränen lange zurückgedrängt, von einer heftigen Anstrengung ihres Willens, werden unentwillig, dann durchdringende Schreie.

Ihre Gesichtszüge veränderten sich, die irren Augen schienen einzufallen und zu verfließen, ihre Hände krampften sich um Marcellas Arm, als wollten sie ihn zerdrücken, und sie verzerrte schließlich ihr Gesicht in dem Kopfschmerz und tief herzerregende Schreie aus — in einem verhängnisvollen und gefährlichen Drange ahnte sie die graufigen Schreie ihrer unglücklichen Schwester nach.

Betroffen von diesem unheimlichen Echo, verließ die Familie die Ältere und kam zu der Jüngeren. Der Arzt eilte herbei, und da er wußte, was sich zugetragen, schrieb er die seinen heftigen nervösen Anfall nicht allein dem Eindruck zu, den der Wahnwitz ihrer älteren Schwester auf Rosas Einbildung ausgeübt. Es gelang ihm, sie zu beruhigen. Doch als er wieder mit den Britolins allein war, sprach er in ziemlich ernstem Tone mit ihnen.

„Sie haben eine große Anflugheit begangen“ tadelte er, „indem Sie dieses junge Mädchen mit dem täglichen Anblick eines so traurigen Schauspielers aufwachsen ließen. Es wäre angebracht, sie dem traurigen Anblick zu entziehen, die Ältere in eine Irrenanstalt zu bringen und die Jüngere zu verheiraten, um die Schwermut zu bannen, die sich ihrer bemächtigen könnte.“

„Wie, Herr Lanerger...! Aber gewiß doch!“ sagte Frau Britolin, „ganz gern möchten wir sie verheiraten. Schon zehnmal hat sie Gelegenheit gehabt, und noch heute hatten wir ihren Cousin Honorius da — eine schöne Partie. Er wird eines Tages etwa 100 000 Taler haben. Wenn sie ihn wollte, würde ihm nichts lieber sein. Und auch uns. Aber sie will nichts davon wissen. Sie schlägt alle aus, die wir ihr vorstellen.“

„Weil Sie ihr vielleicht den nicht vorstellen, der ihr gefallen würde,“ gab der Arzt zur Antwort. „Ich weiß davon nichts und mische mich nicht in Ihre Angelegenheiten. Aber Sie wissen ja die Ursache des Unglücks bei der anderen nur zu gut, und ich kann Ihnen nur dringend raten, mit dieser hier anders zu verfahren.“

„O, diese hier...“ rief Britolin aus. „Das wäre doch allzu schade! Ein so schönes Mädchen, nicht, Herr Doktor?“

„Auch die andere war ein schönes Mädchen — erinnern Sie sich nicht mehr?“

„Aber, Herr Doktor,“ mischte sich Frau Britolin ein — sie war von der Offenherzigkeit des Arztes eher erregt als innerlich beruhigt, „glauben Sie, meine Tochter würde ihre gefunden Kräfte nicht auch behalten? Das Unglück der anderen rührt von einem Unfall her — es ist der Kummer über den Tod des Geliebten.“

„Den Sie ihr nicht zu heiraten erlauben!“

(Fortsetzung folgt.)

Ein heftiger Wahlkampf entbrannte in Reuß a. L. Hier glaubten die Gegner uns ein Mandat entreißen zu können. Mit riesigem Geldeaufwand wurde für die Kandidaturen Strejman (Nat.) und Lattmann (Anti.) gekämpft. Obwohl sich das Reichsamt des Innern durch die Verfügung einmischte, daß die Wähler, die aus der Gemeinde verzogen sind, nicht wählen dürfen, behaupteten wir das Mandat mit einer ähnlichen Mehrheit wie bei den Hauptwahlen.

In Zauch-Belzig wurde der Wahlkampf unter dem frischen Eindruck der Annahme der Heeresvorlage geführt. In Flugblättern und Reden überboten sich Konservative und Freisinnige in „Patriotismus“. Vielfach wurde es so dargestellt, als solle das Volk abstimmen über die Heeresvorlage. Alle Gründe, die für die Vorlage angeführt werden konnten, wurden von Freisinnigen und Konservativen angeführt. Nicht an allen Orten hatten unsere Genossen Gelegenheit, die Gegengründe vorzuführen, weil es an Lokalen und Versammlungsplätzen fehlte. Bei der Hauptwahl hatten die Parteien, die für die Vorlage eintraten, 20 336 Stimmen und die Sozialdemokratie 13 778 Stimmen. Gewiß wurden alle Kräfte angepannt, die durch die Hundertjahrfeier und das 25jährige Regierungsjubiläum erzeugte Stimmung gegen unsere Partei auszunutzen. Der Erfolg war, daß Konservative, Zentrum und Liberale nur 19 161 Stimmen erhielten, also 1175 Stimmen weniger als im Jahre 1912, während unsere Stimmen von 13 367 auf 13 778 stiegen und bei der Stichwahl eroberten wir das Mandat.

Die preussischen Landtagswahlen.

Die Erbarmlichkeit des preussischen Wahlsystems ist den tätigen Parteigenossen des ganzen Reiches so bekannt, daß wir an dieser Stelle mit keinem Wort darauf einzugehen brauchen.

Während die Beteiligung an den Landtagswahlen in Preußen von der Sozialdemokratie früher direkt abgelehnt worden ist, war sie seitens der bürgerlichen und bäuerlichen Kreise fächerlich gering. Die Wahlmänner wurden geradezu ernannt. Ihre „Wahl“ war eine Farce. Die Wahl der Abgeordneten, der „Volksvertreter“, durch die Wahlmänner war dann nur noch Formsache. Erst seitdem die Sozialdemokratie an den Wahlen teilnimmt, kann von einer Wahlbewegung in Preußen gesprochen werden. Früher nahmen die meisten bürgerlichen Zeitungen von der bevorstehenden Landtagswahl heiläufig Notiz, wie sie auch von einem Hunde Notiz nehmen, der von einem Möbelwagen überfahren worden ist, und über die vollzogene Wahl pflegten sie zu berichten, wie über Hagel-schlag im Juli oder einen Redaktionsmaträser im Dezember. Das alles hat sich geändert, seitdem im Jahre 1908 mehr als dreihunderttausend Preußen öffentlich sozialdemokratisch stimmten. Dies überraschende Resultat der vorausgegangenen Agitation hatte auch die bürgerlichen Parteien und ihre Presse auf die Beine gebracht. Von da an wurde dem Landtag, seiner Wahl sowohl, wie auch seinem Tun und Treiben, ein viel größeres Interesse entgegengebracht. Geradezu aufgeschreckt wurden dann alle „echten Preußen“, als die Sozialdemokratie im Jahre 1908 ihre Stimmenzahl verdoppelte und einige Mandate eroberte.

Als nächste Folge dieser Tatsache mußte die Thronrede angesehen werden, in der die Reform des Wahlrechts als eine der „wichtigsten Aufgaben“ angekündigt wurde. Es ist hier nicht der Platz, auf jene inzwischen oft zitierte und viel erörterte Thronrede und die Wahlrechtsvorlage, die ihr folgte, näher einzugehen. Es kann nicht bestritten werden, daß es der sozialdemokratischen Partei gelungen ist, die Wahlrechtsfrage in Preußen in Fluß zu bringen, ja mehr noch: daß es ihr gelungen ist, die preussische Wahlrechtsfrage zur Kernfrage der inneren deutschen Politik zu machen. Uns allen geht es natürlich zu langsam voran in Preußen. Hier und da wird die Frage erörtert, ob nichts geschehen könne, um schneller zum allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht zu kommen. Es wäre um die Partei schlimm bestellt, wenn es anders wäre. Bevor aber ein gangbarer Weg gewiesen werden kann, der wirklich schneller zum Ziele führt, muß unerbittlich weiter gearbeitet werden wie bisher; es müssen die Massen, die noch uninteressiert beiseite stehen, aufgeklärt, aufgerüttelt und für die Sozialdemokratie gewonnen, es muß am Ausbau der Organisation eifrig weiter gearbeitet werden.

Es war schon im Jahre 1908 deutlich zutage getreten, daß der Reaktion eine Anzahl Mandate hätte mehr genommen werden können, wenn es zwischen der Sozialdemokratie und der fortschrittlichen Volkspartei zu einer taktischen Vereinbarung gekommen wäre. Vor den Stichwahlen im Juni d. J. haben beide Parteien die logische Konsequenz aus dieser Erkenntnis gezogen; es konnten infolgedessen der Reaktion mehrere Mandate abgenommen werden. Die fortschrittliche Volkspartei fand die Unterstützung der Sozialdemokratie in folgenden Kreisen: Brandenburg-Westhavelland, Frankfurt a. O., Lebus, Guben-Soran-Forst, Torgau-Liebenwerda, Hagenau-Goldberg-Liegnitz, Breslau-Stadt und Stensburg-Stadt und Land.

Die Sozialdemokratie gewann infolge der Stimmenthaltung der fortschrittlichen Wahlmänner die drei Mandate in Ober- und Niederbarnim. Da sie neben der Behauptung ihres alten Besitzstandes von 6 Mandaten das Mandat in Neutölln-Schöneberg aus eigener Kraft gewann, verfügt sie jetzt über 10 Mandate.

An den Machtverhältnissen im Abgeordnetenhaus hat die kleine Verschiebung nach links freilich so gut wie nichts geändert. Bedeutungslos ist der Gewinn für die Linke deshalb aber doch nicht. Zunächst ist der Plan der Konservativen, für sich allein die absolute Mehrheit zu erlangen, vereitelt worden. Sodann ist den 6 Sozialdemokraten, die bisher den Kampf im Abgeordnetenhaus allein zu führen hatten, der Zuwachs von weiteren 4 Genossen gewiß zu gönnen.

Der Parteivorstand und der geschäftsführende Ausschuss der Landeskommission der Sozialdemokratie Preußens haben in allen Phasen des Wahlkampfes gemeinsam gehandelt, und zwar unter der ausdrücklichen Billigung der Landeskommission, die vor den Stichwahlen nach Berlin berufen worden war.

Der preussische Parteitag hatte im Januar d. Js. in einer Resolution die Richtlinien abgesteckt, nach denen der Wahlkampf geführt werden sollte:

„Wo es gelingt — und sei es auch nur in einem Orte eines Landtagswahlkreises — sozialdemokratische Wahlmänner aufzustellen, müssen sich die Genossen an den Wahlen in allen drei Wahlklassen beteiligen; sie dürfen in diesem Falle nur für die sozialdemokratischen Wahlmänner stimmen.“

So lautet der erste Satz der Resolution. Mit einer Disziplin, die den herrschenden Meid unserer Gegner immer wieder geweckt hat, haben die preussischen Genossen den Wahlkampf, besser gesagt: den Wahlrechtskampf, geführt.

Der Kampf um den Mandatsgewinn kam ja, abgesehen von 10 bis 12 Kreisen, nirgends ernstlich in Frage. Die aufreizenden Tatsachen des Wahlrechts den preussischen Wählern immer wieder vor Augen zu führen, den Unwillen der werktätigen Bevölkerung auszulösen, immer neue Hunderttausende zum Stremlauf gegen die Preußenhände zu veranlassen, das war das eigentliche Ziel aller bisherigen Wahlrechtskämpfe in Preußen.

Noch ist die Breiße, die in die preussische Junterfeste gelegt werden konnte, klein; das kann für uns aber nur der Ansporn zu noch eifrigerer Agitation sein.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Knopfaber der Firma B. Jahr in Schwelm S.-A. haben die Kündigung eingereicht. Schon vor 8 Wochen hatten sie Forderungen gestellt, auf die der Unternehmer gar nicht reagierte. Wegen des schlechten Materials verlangen die Arbeiter dieser Hornknopfabrik eine Lohnaufbesserung. Zugang ist ferngehalten.

Beendeter Streik und Boykott. Der seit 9 Wochen währende Streik bei der Mühlenfirma Leffler-Diekmann in Köln-Deutz wurde durch Vergleichsverhandlungen beigelegt und ein Tarifvertrag auf drei Jahre mit der Organisation abgeschlossen. Sämtliche ausständige Arbeiter nehmen am Montag, dem 4. August, die Arbeit wieder auf. Der über die Produkte der Firma von dem Gewerkschaftsstartell Köln verhängte Boykott wird in den nächsten Tagen aufgehoben.

Die Tarifgemeinschaft für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker im Jahre 1912. In dem soeben erschienenen Geschäftsbericht wird zunächst darauf hingewiesen, daß der Tarif Ende Dezember d. Js. abläuft und daß von beiden Parteien Anträge auf eine Revision des Tarifs gestellt worden sind. Trotzdem diese sehr auseinandergehen, geht aber aus den Anträgen nicht hervor, daß eine Verständigung über den Abschluß eines neuen Tarifs erschwert sei, es besteht deshalb die Aussicht, daß die Vertreter der Tarifparteien zum Abschluß eines neuen Lohnvertrages für das deutsche Chemigraphen- und Kupferdruckgewerbe kommen werden. — Im verfloffenen Geschäftsjahr sind die Schiedsgerichte und Prüfungskommissionen in verhältnismäßig geringem Umfange in Anspruch genommen worden. In Deutschland befinden sich an 44 Orten 178 Firmen, von denen 157 der Tarifgemeinschaft angehören mit 2665 tariftreuen Gehilfen. Nur 21 Firmen mit 85 Gehilfen stehen außerhalb der Tarifgemeinschaft; es sind also 88,2 % Prinzipale und 95,1 % Gehilfen tariffrei. Seit Aufnahme der letzten Statistik 1910 sind aus der Tarifgemeinschaft ausgeschieden 16 Firmen, davon durch Erlöschen 8 und 8 durch Austritt bezw. Ausschluß, während 30 Firmen neu beigetreten sind. Neben den insgesamt in Deutschland beschäftigten 2750 Gehilfen werden 569 Lehrlinge ausgebildet. Wie sehr sich das Chemigraphengewerbe entwickelt hat, geht aus einer Gegenüberstellung hervor, wonach vor 10 Jahren, also im Jahre 1903, nur 801 tariffreie Gehilfen in 75 Anstalten beschäftigt wurden. — Durch die tariflichen Arbeitsnachweise wurden im Jahre 1912 insgesamt 1035 offene Stellen besetzt. Trotz dieses guten Resultates haben sich aber im verfloffenen Jahre die Klagen über ungenügende oder nicht ordnungsmäßige Betätigung einzelner Arbeitsnachweise vermehrt, weshalb es Aufgabe des Tarifausschusses sei, auf diesem Gebiete reformierend zu wirken, wenn sich alle Organe im Interesse und zum Nutzen der Tarifschäfte betätigen sollen. Der umfangreiche Geschäftsbericht, der eine Reihe interessante statistische Tabellen enthält, bringt zum Schluß das namentliche Verzeichnis sämtlicher tariffreien Firmen Deutschlands.

Ein neuer Generalstreik in Mailand. Aus Mailand wird unterm 4. August gemeldet: Eine von 7000 Arbeitern besetzte Volksversammlung beschloß den Generalstreik auf unbestimmte Zeit. Der Generalstreik begann gestern morgen. Der Straßenbahnverkehr ruht fast vollständig. Als einige Angestellte den Verkehr aufrecht erhalten wollten, wurden die Wagen mit Steinen beworfen. Im Gaswerk konnte die Arbeit ohne Zwischenfall fortgesetzt werden. In den meisten Betrieben feiern die Arbeiter. Im übrigen herrscht Ruhe. Die Metallarbeiter haben ihre Beteiligung am Ausstand noch nicht beschlossen.

Zur Lage in Südafrika. Die südafrikanische Arbeiterpartei veröffentlicht ein Manifest, in dem erklärt wird, die Hoffnung, daß die Regierung eine dauernde Regelung der Streitfragen sichern werde, ist bitter enttäuscht worden. Durch die Weigerung der Minenherren, die Gewerkschaften anders als unter förmlichen und belebenden Bedingungen anzuerkennen, würde die Tür zu künftigen Verhandlungen verschlossen. Trotzdem würden die Arbeiter sich weder zwingen, noch zu Gewalttätigkeiten provozieren lassen.

Der Generalstreik droht in Katalonien (Spanien), wo bereits 80 000 Arbeiter in den Ausstand getreten sind.

Soziales.

Das Kunstproletariat auf den Brettern. Wer nicht gerade zu den Sternen am Theaterhimmel gehört, ist im allgemeinen auf ein sehr bescheidenes Leben angewiesen, ein Leben, das gar oft mit dem Glanz und der Herrlichkeit auf den Brettern, die die Welt bedeuten — sollen, aufreizend kontrastiert. Es sind auch seit Jahren Bestrebungen im Gange, um den schlimmsten Missetänden in Theaterwesen, namentlich in der Entlohnung und der Sicherstellung der Sagen, engere Grenzen zu ziehen. Das Theater als kapitalistischer Geschäftsbetrieb wird allerdings ebensowenig zu idealen Verhältnissen gelangen, als jedes andere auf die Zielung von Profit eingestellte Unternehmen. Aber wenn selbst nur das durch Reformen erlangt werden soll, was in einem modernen Fabrikbetrieb, wo die Arbeiterorganisation bei der Festlegung der Arbeitsbedingungen ein Wortchen mitpricht, schon als selbstverständlich gilt, dann machen die Bühnenangehörigen, wenigstens ein großer Teil von ihnen, schon einen tüchtigen Schritt vorwärts auf der sozialen Bahn. Wie jammervoll es vielfach mit der Entlohnung ausfällt, das enthüllen statistische Erhebungen, die 2112 Bühnengehörige umfassen und in einem Buche von Dr. Charlotte Engel-Reimers gut beleuchtet worden sind. Von den statistisch Erfassten hatten ein:

Saisoneinkommen		Monateinkommen	
Personen	Mark	Personen	Mark
56 von unter	400	107 bis zu	50
394 „	400 bis 750	97 von 51 bis	75
376 „	750 „ 1000	315 „	75 „ 100
348 „	1000 „ 1250	301 „	100 „ 125
220 „	1250 „ 1500	300 „	125 „ 150
121 „	1500 „ 1750	317 „	151 „ 200
93 „	1750 „ 2000	186 „	201 „ 250
122 „	2000 „ 2250	168 „	251 „ 300
98 „	2250 „ 3000	94 „	301 „ 350
111 „	3000 „ 4000	68 „	351 „ 400
55 „	4000 „ 5000	103 „	401 „ 500
45 „	5000 „ 6000	44 „	501 „ 600
22 „	6000 „ 7000	28 „	601 „ 700
13 „	7000 „ 8000	22 „	701 „ 800
14 „	8000 „ 9000	11 „	801 „ 900
8 „	9000 „ 10000	3 „	901 „ 1000
16 über	10000		

Demnach hatten von der Gesamtzahl 1730 gleich 82 Prozent ein Einkommen von 2500 Mk. und darunter 1394 gleich 63 Prozent blieben sogar in den Grenzen bis 1500 Mk. Mit einem Monateinkommen bis 200 Mk. mußten sich 1137 Personen, 54 Prozent aller Kunstgebenden, begnügen. Wie zu diesen Zahlen bemerkt wird, bezahlt man selbst an großen Theatern für die Inhaber zweier Plätze im Schauspiel nicht über 2000 Mk. Choränger mit täglicher Dienstzeit von 8-9 Stunden erlangen selbst an den „besten Theatern“ im günstigsten Falle nur 1800 Mk. Ausgebildete Chorängerinnen bringen es auf 1000 bis 1500 Mk.; für jedes Auftreten wird eine Extravergütung von 1 bis 2 Mk.

bezahlt. An den kleinen und mittleren Theatern sind die Bezüge erheblich niedriger. Springen doch oft — bei täglichem Auftreten — sage und schreibe 50 Mk. in einem Monat heraus. Dabei sind bedeutende berufliche Ausgaben erforderlich: Garderobe, Reisen, Straßen-, Vermittelungsgebühren und was sonst noch drum und dran hängt. Den Wimen blüht die Nachwelt keine Kränze — daher dürfen sie als Zeitgenossen den Schmachtriemen sehr stramm anziehen.

Kommunales.

Musterleistungen freisinniger Kommunalpolitiker. Der Liberalismus Wiemerer Richtung ist bekanntlich der in System gebrachte antisoziale Geist des Spießbürgertums. Macht er sich auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens unliebsam bemerkbar, so besonders aber auf dem Gebiet der Kommunalpolitik. Die Hauptstadt des früheren Wahlkreises Dr. Wiemers, Nordhausen, läßt sich in ihrer Gemeindepolitik aber ausschließlich von diesem Geiste leiten. Arbeiterpolitik kennt ihr freisinniges Stadtparlament überhaupt nicht. 250 Mk. zahlt diese durch ihre teuren Lebensverhältnisse bekannte Stadt ihren Arbeitern. Frauen erhalten für 10stündige Arbeitszeit in ihren Diensten 9 Mk. die Woche. Einen Antrag, diesen Armen wenigstens die in die Woche fallenden Feiertage mit zu bezahlen, lehnten die Stadtverordneten einstimmig ab, weil der dafür notwendige Betrag von 2680 Mk. nicht vorhanden sei. Das geschah aber zu derselben Zeit, in der dieses Parlament glaubte, den kommunalen Steuerzuschlag herabsetzen zu können, um ruhebedürftige, aber kapitalstarke Herrschaften anzulohnen, ihren Wohnsitz in Nordhausen zu nehmen. Müßen städtische Arbeiter und Arbeiterinnen sich also auch ferner mit 9-16 Mk. als Lohn begnügen wegen Mangel an Mitteln, so war diese Geldknappheit doch nicht so groß, um dem Militärfiskus Geschenke machen zu können. Die freisinnigen Herren bewilligten vor einigen Tagen die Mittel zur Errichtung eines Flugtützpunktes auf einem Areal von 64 Morgen. Das geschieht in einer Stadt, die mit an der ersten Stelle in der Reihe derjenigen Städte steht, in welchem die Wohnungsnot in den abgesehensten Formen heimisch ist. Jedes brauchbare Stückchen Land sollte daher zurückgehalten werden, um es als Bauplätze für so dringend notwendige Wohnungshäuser mit Kleinwohnungen zu benutzen. Nur 0,52 Prozent leere Wohnungen wurden am 10. Juni d. J. hier gezählt. Einbegriffen sind dabei Wohnungen, die Wände mit klaffenden Rissen aufweisen, ferner solche, in denen Fenster nicht geöffnet werden können. Die Wohnungsverhältnisse charakterisiert auch eine Wohnung in einem unter städtischer Kontrolle stehenden Hause, in der die 5½ bis 6 Raummeter große „Stube“ als Arbeitsraum, ferner als Aufenthalt für 7 Personen und als Krankenzimmer für einen Säugling benutzt wird. Uebrigens werden die 0,52 Prozent leerstehenden Wohnungen wahrscheinlich nur größere Wohnungen sein und für die minderbemittelte Bevölkerung nicht einmal in Betracht kommen können. Trotz alledem wird in liberalen Kreisen Deutschlands die „musterhafte Politik“ der freisinnigen Stadtverwaltung Nordhausens gerühmt. Die Mißstände aber schreien auch hier zum Himmel nach Abhilfe und Besserung im sozialen Geiste.

Ständesamtliche Nachrichten

vom 27. Juli bis 2. August 1913.

Eheliche Geburten.

- a) K n a b e n : (Name und Beruf des Vaters).
18. Juni. Kaufmann M. W. R. Schulz.
13. Juli. Händler H. A. Hoffmann. 23. Schlachter O. L. W. Helm. 24. Schlosser D. W. J. Bentzen. 25. Arbeiter R. K. F. Behnde (Schluter). Rentner R. Ch. S. Noer. Arbeiter F. C. Spies. Kaufmann G. W. R. Kövack. 26. Brenner F. H. R. Peters. Zementarbeiter K. F. A. Schmechel. Arbeiter F. S. F. Wegner. Maschinenschlosser G. D. A. Grall. Buchbindergehilfe E. C. Meyer. 27. Gärtner R. Uteich. Schlosser B. G. Jeske. 28. Kranführer G. P. A. W. Potenberg. 30. Arbeiter W. F. J. Polz.
1. August. Bohrer R. C. W. Dettmann.

b) M ä d c h e n : (Name und Beruf des Vaters).

21. Juli. Arbeiter R. Ch. F. Volkow. Klempner G. R. D. Wid. 24. Mieter K. A. Schulz. Buchhalter G. O. H. Brüggemann (Hamburg). 25. Kassenbeamter W. M. J. Matz. 26. Arbeiter F. A. Rabemacher (Mendorf i. Lüb.). Arbeiter U. R. A. Siegmund. Arbeiter G. F. A. Kauf. 27. Maurer-gehilfe H. F. S. Spötter. Zimmermann H. R. J. F. Radow. 28. Handlungsgelhilfe C. W. S. Schmidt. Hausmeister R. M. W. S. Rath. Tischler F. J. S. Sevo. Seemaschinist A. P. Maafs. 29. Malergehilfe E. R. O. A. Relkan. 30. Handlungsgelhilfe W. F. J. Wiedmann.
1. August. Former J. Hoops.

Ungeordnete Aufgebote.

28. Juli. Buchhalter O. R. Voldt in Hamburg und M. R. D. Schmecke. Hochbau-Techniker H. G. F. Kahl in Ahrensburg und Ch. W. A. Jonschick. Schweizer W. A. Wejahn in Klein-Parin und G. W. M. Scholz. Steinformer H. R. F. Wöding und M. W. D. Fröhme. 29. Zimmermann H. O. C. Witter und H. J. C. Fick. Kraftwagenführer A. F. A. Gottwald und A. R. K. Jaack in Hamburg. Arbeiter F. Wohl und J. Ch. M. Schad, beide in Bremen. Dreher A. A. P. Glade in Altona und A. J. M. Schön in Bad Schwartau. Fabrikbesitzer R. Rehnitz und B. Machnitz in Grotp. 30. Fabrikarbeiter F. Jakobowksi und S. Krzyszaniak, beide in Pödde. 31. Rechtsanwalt D. H. S. Rehder und G. W. Ch. Gottschalk in Wandsbek. Sergeant K. F. G. Koch und G. M. D. S. Hümpel. Geschäftsführer W. Ch. Krufe und A. W. R. Hoffmann. 1. August. Privatmann H. R. D. Stark und W. H. F. Sommer geb. Johannsen. Steuermeh G. Söllner und M. Wigner. Kürtenmacher M. Thelen und A. A. Samuelsson. Drogist F. W. Kobsch und G. R. S. Gerber. Maschinenbauer A. F. R. Litz und M. W. A. F. M. Scheel. Landmann F. H. W. Feddern in Alsbefdorf und M. C. Danger. 2. Malermeister M. R. H. Heinrich in Brunsmick in Nordameita und G. J. K. Pfeiffer. Tischler-gehilfe G. C. Prüsch und A. G. C. Schindler, beide in Hamburg.

Scheitlungen.

28. Juli. Fabrikant W. A. Georgius und G. J. A. Brandt. 29. Handlungsgelhilfe K. S. J. S. Schomann und J. W. M. Holt. Buchhalter F. L. Foberg in Pufsum und F. L. Labry. Geschäftsführender A. Janßen und G. Chr. W. Riffon. Kaufmann A. Chr. Dirnischen und A. C. Behrens. Sekretär bei der Baudeputation W. J. F. Bauer und O. R. M. Thorn. Handlungsgelhilfe Th. B. S. Melchert und G. C. R. Timper. 31. Arbeiter W. W. F. Roog und A. M. R. Rickmann.

1. August. Kaufmann H. C. D. Brabant und M. D. Hoffmann. 2. Kaufmann F. F. Chr. Zind in Raffel und L. W. Chr. Boye. Arbeiter K. Sprenger und A. S. Meyer. Eisenbahnarbeiter G. W. R. Wulf und W. S. R. Krüger. Malermeister A. D. S. Bohnsack und M. B. R. Dretow. Arbeiter H. J. F. E. Haader und F. S. M. L. Fick. Maurer-gehilfe W. C. A. Werner und G. J. F. Höft. Gutsverwalter G. D. H. von Gersdorf in Salk in Gfland und G. J. Degenfolt. Arbeiter L. H. J. M. S. Richter, und G. W.

M. Reißmann, Arbeiter R. S. J. Matthiesen und F. W. H. Köhne, Schuhmacher F. W. R. Dahn und W. Chr. F. Faraske geb. Wien. Tischlergeselle L. J. J. Butenschn und C. A. R. D. Wolf.

Sterbefälle.

25. Juli. W. M. C. geb. Glasow, Witwe des Schlossers F. W. G. Holz, 53 J. 26. E. W. C. geb. Voh, Ehefrau des Vorarbeiters H. P. K. Sommer, 54 J. M. D. M. geb. Voh, Ehefrau des Arbeiters R. A. H. Wehnde, 44 J. Kellnerlehrling G. F. Köppler, 17 J. 27. Arbeiter F. L. Böhrer genannt Wulf, 60 J. A. H. Burmeister, 4 M. 28. Ein Knabe, 3 Stunden. W.: Schlosser W. H. Feste. Kaufmann A. H. Wagner, 62 J. (Wiesfeld). 29. Ein toter Knabe. V.: Lehrer R. F. M. Capell. F. J. C. geb. Bohnsch, Ehefrau des Schuhmanns W. C. H. A. Gnael, 26 J. Kaufmann F. H. F. Weillike, 40 J. Arbeiter R. F. H. Harter, 76 J. D. L. M. Möller, 12 J. H. Ch. Diercks, 9 M. K. L. M. C. geb. Fahrknig, Ehefrau des Arbeiters F. F. Wien, 53 J. C. D. C. geb. Bohnhoff, Witwe des Privatmanns H. A. W. Bauels, vorher verw. Timmermann, 76 J. K. W. geb. Staudinger, Ehefrau des Privatmanns N. H. M. Domoldt, 82 J. 30. Architekt R. E. F. Wahre, 64 J. (Damburg). A. Nawacki, 8 M. (Schwartau). Ein toter Knabe. V.: Buchdrucker S. W. Th. N. Gedeck. M. C. U. geb. Jürgens, Witwe des Privatmanns Chr. H. C. Schmidt, 74 J. C. H. C. Kott, 10 M. 31. R. H. R. Heitmann, 1 M. B. H. Stümer, 4 M. Schriftsetzer W. R. F. Werseburger, 67 J.

1. August: Arbeiter G. J. Drens, 66 J. Schlosser J. H. G. Sander, 63 J. C. M. M. geb. Stadlender, Witwe des Arbeiters F. F. C. Lebam, 87 J. Ein toter Mädchen. V.: Schmied W. H. S. Roß. H. Reinfeldt, 10 J. A. U. H. Sprant, 9 M. 2. Privatmann J. H. F. Möhring, 79 J. Chr. D. C. geb. Mahne, Ehefrau des Privatmanns J. P. H. Lüth, 73 J.

Aus Nah und Fern.

Lebendig begraben. Auf dem Schaubudenplatz in der Jungfernhöhe (Berlin) produzierte sich in letzter Zeit der Artifiz Radite, der sich fünf Minuten unter einem Sandhaufen lebendig begraben ließ. Der Direktor der Arena ließ den Artisten gestern zehn Minuten unter dem Sandhaufen. Als man Rabe herausgrub, war er erst tot.

Schwerer Karussellunfall. Auf der Liborimeffe in Paaderborn lösten sich infolge des Bruchs einer Schraube zwei in Aeroplanform gebaute Wagen von einem Karussell los und stürzten in die umstehende Zuschauermenge. Zwei Mädchen wurden tödlich, ein Knabe schwer und etwa zehn Personen leichter verletzt.

Drei Touristen abgestürzt. Der letzte Sonntag hat in den Alpen vier Todesopfer gefordert. Ein Privat-Telegramm meldet: Im Schmirental in Brennergebiet stürzte der Statthalterpraktikant Max Ritter aus Wörg beim Edelweissuchen ab. Auch der Schuhmacher Joseph Wolf ist im Brennergebiet abgestürzt. Im Kaisergebirge in der Nähe von Ruffstein hat sich gestern ebenfalls ein schweres Unglück zugetragen. Dort sind beim schwierigen Übergang über den Kopfhorn zwei Touristen, die aus München stammten, abgestürzt. Eine Rettungsexpedition ist unterwegs, um die Leichen der beiden Bergunglückten, deren Namen noch nicht bekannt sind, zu bergen.

Von der russischen Grenzwehr erschossen. Von der russischen Grenzwehr in Chosin wurden, wie aus Lemberg gemeldet wird, sechs polnische Landleute, die nach Österreich hinübergehen wollten, beschossen und drei tödlich getroffen. Drei ertranken, als sie den Grenzfluß Lemnica durchschwimmen wollten.

Eine große Feuersbrunst ist am Sonntag in der Messestadt Makazien bei Nischni-Nowgorod (Rußland) ausgebrochen und hat fast den ganzen Ort eingeäschert. Das daran liegende reichste Kloster Rußlands brannte Montag noch. Die Feuersbrunst macht bei der herrschenden Trockenheit rasche Fortschritte. Die Lage der Einwohner ist trostlos. Die ganze Stadt gleicht einem Scheiterhaufen. Der größte Teil des Klosters ist bereits verbrannt. Man befürchtet, daß die berühmte Kathedrale dem Brande zum Opfer fallen wird. Aus Nischni-Nowgorod ist Vörschilfe abgegangen.

Liebesdrama. Sonntag erschoss sich auf der Teufelstanzel im Kaisergebirge ein junges Paar. Der Mann namens Wellberger stammt aus Mannheim. Seine Begleiterin Maria Rohr stammt angeblich aus Dresden.

Hochwasserkatastrophe. Aus Przemysl (Galizien) wird gemeldet: Das Hochwasser nimmt katastrophalen Charakter an. Przemysl ist zum größten Teile überflutet. Der Sanfluß steigt weiter. In einem nahebei liegenden Dorfe flüchteten die Einwohner auf die Dächer. Ein Haus ist eingestürzt, ein Knabe ertrunken. In einer anderen Dorfschaft wurde eine Mühle samt Wehr hinweggerissen und 44 Häuser überflutet. Bei Jaroslawl erreichte der Sanfluß 4 1/2 Meter Höhe. Der Fluß führte Getreide, Baumaterial und ganze Häuser mit sich.

Bergwerkstatastrophen. Nach telegraphischen Meldungen aus Glasgow ist in einem Kohlenbergwerk bei Cadber, etwa zwölf Meilen von Glasgow, Feuer ausgebrochen, und man fürchtet, daß 23 Bergleute umgekommen sind. — Auf der East Brocksidgegrube der Reading Coal and Iron Company wurden, wie aus Pottsville (Pensylvanien) gemeldet wird, Sonnabend durch zwei Explosionen 18 Arbeiter getötet. Die erste Explosion geschah durch Dynamit und die zweite durch Gase. (Die gestrige Meldung, daß 50 Arbeiter getötet sind, trifft demnach nicht zu. Red.)

Fünf Frauen in Seebad Strandhill ertrunken. In dem englischen Seebad Strandhill in der Nähe von Sligo hat sich Sonnabend ein schweres Badeunglück zugetragen. Wie das „S. L.“ meldet, sind in Strandhill beim Baden in der See fünf Damen, die sich seit einigen Tagen als Badegäste dort aufhielten, ertrunken. Die Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

Schweres Automobilunglück bei Newyork. Ein schweres Automobilunglück hat sich Sonntagabend auf Long Island zugetragen. Das Automobil des bekannten Millionärs Degood Fell wurde beim Überfahren der Gleise von einem Expresszuge erfasst und zertrümmert. Fell sowie der Börsenmakler William Laimbeer und der Chauffeur wurden auf der Stelle getötet, während Frau Laimbeer schwer verletzt wurde.

Literarisches.

Für den Autoverkehr von Hamburg und Umgebung gibt das neue, große Blatt 2, Hamburg, der Freitaglichen

Automobil- und Radfahrerkarten 1:800.000 — bisher 26 Blätter erschienen — eine gute Orientierung. Dasselbe umfaßt das Gebiet von Schleswig-Riel-Lübeck-Hamburg-Lüneburg-Oldenburg-Wilhelmshaven-Cuxhaven-Rendsburg usw. Das Straßennetz, in dem die Straßen nach ihrer Beschaffenheit unterschieden sind, ist auf der Karte klar zu erkennen; namentlich die Straßenverzweigungen sind sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Alle Bahnlinien und Orte sind eingetragen. Der billige Preis der Karte beträgt 1,70 M., auf Feinwand 2,60 M., so daß wir dieselbe jedermann bestens empfehlen können. Außer jeder Buch- oder Papierhandlung liefert auf Verlangen auch der Verlag: Kartographische Anstalt G. Freytag u. Berndt, Geol. m. b. H., Wien VII, Schottenfeldgasse 62, gegen Einsendung des Betrages diese Karte. Einen „Wegweiser für Alpen Touren und Sommerreisen“ sendet obige Firma auf Wunsch gratis und franko.

„Die Zeitschrift“, die bekannte in Stuttgart erscheinende Wochenschrift, gibt soeben eine Volksliednummer (Nr. 29) heraus, die besonders in Wandervogelkreisen großen Beifall finden wird. Aus dem reichen, interessanten Inhalt seien nur einige Titel angeführt: Georg Forsters Vorrede zu seinem Frühling Liedlein, Nürnberg 1552; Achim von Arnim, Vom Volkslied; F. W. Rittinghaus, Vom lebenden Volkslied; Georg Muschner, Volkslied und Kunstlied; Proben Westfälischer und Lippischer Volkslieder. Ferner enthält die Nummer einen Aufsatz über Franz Schubert aus der Feder S. G. Kallenbergs, Auszüge aus Schuberts Tagebuch, prachtvolle Zeichnungen von Rudolf Sievers und Benno Eggert. Im „Wegweiser“ sind neuerschienene Bücher herausgestellt.

Von der „Neuen Zeit“, ist soeben das 44. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Jungdeutschland oder Jungvolk? Von Heinrich Schulz. — Skizzen zur schwedischen Parteigeschichte der letzten Jahre. Von Hannes Sköld, Stockholm. (Schluß.) — Die allgriechische Bewegung auf Cypern. Von Dem. Her. Dergevestis. — Der Massenstreik und die Psychologie der Massen. Von Joseph Hartleb (Hannover). — Zur Frage des politischen Massenstreiks. Von S. Salzmann. — Zu Kautskys Nachgedanken zu den nachdenklichen Betrachtungen. Von Jakob Trubiner (Karlruhe). — Literarische Rundschau: E. Wandervogel, La Cooperation neutre et la Cooperation socialiste. Von G. Stielhoff. Dr. Raul Bogel, Einkommen der Handwerker im Stadtkreis Hannover Von Ernst Andree. E. Sylvia Panthurst, The Suffragette. Von M. G. Jancett, Women's Suffrage. Käthe Schirmacher, Die Suffragette. Von Theresje Schleginger. — Zeitschriftenchau. Von a. s.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Inserate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“

Kränze
Buketts u. Girlanden
(1909) liefert billigs
Fr. Schmidt
Bülowstraße 11, Markt und
Börnestraße 16 a, Holstentor.

Bries
wieder vorrätig.
Heinrich Diestel.

Empfehle (5983)
diese Waare ausnehmungsweise dick
Flomen
Nr. 80 Big. bei 4 Bfd. 75 Pf.
H. Schmalfeld
Reiterstraße 26, Fernspr. 2152

Abreisenden anbewährt u. nach
gehandelt werden Ge
sundheit im Fr. als: Mobilien,
Koffer u. im Lagerhaus u. Svedis
Kontingenz **Fischer, 52.** (184)

Jedes Ungezeiger
verfügt unter Garantie (5557)
Fr. Kröger, prakt. Kammerjäger.
An der Mauer 26, Fernspr. 1794.
Spezialist für Waarenverteilung.

P D U C K
DIE NEUE QUALITÄTS-
3 Pfg.
CIGARETTE
m/Gold
m/Hohlmdst
flach

GEORG A. JASMATZI A.G. DRESDEN
GRÖSSTE DEUTSCHE CIGARETTENFABRIK 5894

Plakate
betr.
Verordnung des Medizinal-
amts vom 11. Juli 1910
bezügl. Feilhalten von Nah-
rungs- und Genußmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg.
per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksh.

Unsere Gesellschaftsspiele
haben sich bei groß und klein in kurzer Zeit sehr beliebt gemacht. Der
beste Zeitvertreib für unsere Jugend, da die Spiele sehr unterhaltend
sind und sie in keiner Familie fehlen sollten.
Preis 60 Pfg. Nr. 1. — und Nr. 1.80.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Koks, Kohlen, Briketts
in besten Qualitäten
5902) zu billigen Sommerpreisen
H. Hoffmann, Schönkampstr. 6b

Holsten-Meierei
Fernruf 2336 Witebestr. 44
empfehle alle Meiereiprodukte
in bekannter Güte.
Geschäfte, welche **Niederlagen**
übernehmen wollen, werden gebeten,
sich zu melden. (185)

Unübertroffen
wäscht
Ragoda
Einfach in seiner Art
D. H. M. M. M. M. M.
überall erhältlich
gegen Gutscheine bis Ende 1914
auf 5 Pfd. 1 Ia. Taschenmesser,
1 Schere od. 1 Mosaik-Brosche,
20 Pfd. 1 Double-Uhrkette. (220)
Schumann & Wille, Wittenberge.

Sämtliche Sorten
Koks, Kohlen, Briketts
liefert zu den billigen Sommer-
preisen frei Haus (5912)
J. Oelfke
Arnimstr. 31 und Heinrichstr. 20.

Achtung!
Echte Peribohnen Pfund 10 Pfg.
5907) Siemens, Alistraße 25.
Täglich
in allen Verkaufsstellen:
Frisches
Kraft-Dauer-Brot
C. Siemers, Struckmühle.
103) Fernsprecher 1110.

Sämtliche Drucksachen
werden billig und sauber hergestellt in der
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.